

Wöchentlich 60 Pf., monatlich 2.00 M., (davon 95 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 4.30 M. einschließlich 60 Pf. Postzeitungs- und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnements 8.- M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Briefposttarif 6.- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Sonntagsausgabe „Volk und Zeit“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dt. B. u. Disck.-Ges., Depositentk., Jerusalemstr. 65/66.

Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einspalt. Anzeigenzeile 60 Pf. Kleinspaltige 3.- M. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 25 Pf. (unbegriff zwei fertige Wörter), jedes weitere Wort 12 Pf. Robert L. Lark, Stellengelüste das erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Warte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familienanzeigen Zeile 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3. wochentags von 8. bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

## Bankfrach in Paris.

### Stützung durch den Staat nach deutschem Muster?

Wie Havos berichtet, hatte der Finanzminister Flandin heute nachmittag eine lange Unterredung mit dem Gouverneur der Bank von Frankreich, Morel, dem Leiter der Finanzabteilung der Bank von Frankreich, und den Direktoren der großen Pariser Kreditinstitute. Bei dieser Gelegenheit wurden die Lage der französischen Börse und namentlich die Schwierigkeiten einer großen Pariser Bank eingehend geprüft. Die Verhandlungen gehen heute nacht weiter. Wie verlautet, handelt es sich bei dem nicht genannten Bankunternehmen um die Banque Nationale de Crédit, deren Vorsitzender Vincent dieser Tage seinen Posten niedergelegt hatte. Eine Notierung der Aktien dieser Bank konnte heute nachmittag nicht zustande kommen.

Dieser alle Welt überraschende Bankfrach ist die erste weithin sichtbare Auswirkung der Entwertung des englischen Pfundes. Durch nichts konnte die enge Verflechtung der ganzen wirtschaftlichen Welt so eindringlich demonstriert werden. Kein Land kann auf die Dauer von den Wirtschaftsnöten eines anderen Landes profitieren; das wird Frankreich auch in der Geldfrage einsehen müssen.

Die Banque Nationale de Crédit steht unter den sechs großen französischen Depositenbanken ihrem Geschäftsumfang nach an vierter Stelle. Sie wird an Bedeutung übertriffen von dem Crédit Lyonnais, von der Société Générale und von dem Comptoir d'Escompte. Die Banque Nationale ist erst im Jahre 1913 gegründet worden. Sie unterhält allein in Paris 37 Filialen; dazu kommen noch 513 Provinz- und drei Auslandsfilialen. Durch diese große Zahl von Filialen würde ein endgültiger Zusammenbruch der Bank die Unruhe über das ganze Land verbreiten; diese Tatsache wird das Eingreifen der öffentlichen Stellen beschleunigen haben.

Die Bilanz vom 31. Dezember 1930 zeigt eine Gesamtsumme von 5,5 Milliarden Franken, das sind mehr als 900 Millionen Mark. Die eigenen Mittel — Aktienkapital und Reserven — werden mit 494 Millionen Franken ausgewiesen (das sind 82 Millionen Mark; Kapital und Reserven der Dresdner Bank betragen zur gleichen Zeit 134 Millionen Mark). Für das Geschäftsjahr 1930 wurde noch eine Dividende von 14 Proz. verteilt.

### Schlechteres Geld — größerer Export!

London, 25. September.

Eine merkliche Wiederbelebung der Industrie infolge der Pfundentwertung wird aus vielen Gebieten Englands gemeldet. Der Bergbau hat bereits mehrere Aufträge vom Kontinent und viele Anfragen kontinentaler Kohlenimporteure erhalten. Vier Textilfabriken in Lancashire, von denen

zwei seit vier Jahren stilllagen, sollen wieder eröffnet werden. Die Barrow Steel Corp. beabsichtigt, am Montag zwei ausgeblasene Hochöfen wieder in Betrieb zu nehmen und 1400 Arbeiter einzustellen. Die Liverpooler Baumwollbörse hat am Donnerstag 45 000 Ballen Baumwolle umgesetzt, was den höchsten Umsatz an einem einzigen Tage seit Bestehen der Börse darstellt!

### Britische Währungsrevolution.

London, 25. September.

Der „Daily Herald“ gibt heute an hervorragender Stelle die vielfach vertretene Ansicht wieder, daß zahlreiche andere europäische Länder dem Beispiel Englands folgen und die Goldwährung aufheben würden. Das Pfund werde, dem Blatt zufolge, schließlich zu einer neuen wissenschaftlich kontrollierten Währung auf internationaler Grundlage werden, die der auf Gold basierten Währung anderer Länder gegenüber tatsächlich stabil und sicher sein würde. Das Blatt glaubt, daß England unmittelbar vor einer Währungsrevolution steht, die ebenso bedeutungsvoll sein dürfte, wie die industrielle Revolution.

### Inflationsercheinungen an der Londoner Börse.

London, 25. September. (Eigenbericht.)

Die Anspannung der Aktienkurse auf der Londoner Börse an den veränderten Pfundwert geht von Tag zu Tag mehr in Spekulation über. Die Besitzer festverzinslicher Werte steigen in Aktien um, so daß der Abstand zwischen den im Kurse anziehenden Aktien und den sinkenden festverzinslichen Werten immer größer wird. Das sind Inflationsercheinungen, obwohl man von Inflation in England im Sinne einer Aufblähung des inneren Kredits bisher nicht sprechen kann. Die Bank von England wird im Gegenteil — damit rechnet man wenigstens in der City — den Diskontsatz, der seit der Aufgabe des Goldstandards 6 Proz. beträgt, noch weiter erhöhen, um einer Ausdehnung des Geldumlaufs vorzubeugen, welche durch die Belebung des Exports und der inneren Wirtschaft infolge des sinkenden Pfundkurses bestimmt eintreten könnte. Um die Spekulation zu betäupen, ist das Termingeschäft, die übliche Handelsmethode an der Londoner Börse, ab Montag verboten. Es dürfen nur noch Kassageschäfte stattfinden.

Das Pfund erholte sich am Freitag in den Nachmittagsstunden infolge von Käufen von Paris und New York. Diese Stützungskäufe werden in der City damit erklärt, daß man die Sterlingbesitzer an den dortigen Plätzen mit Rücksicht auf die bereits gespannte Lage vor weiteren Verlusten schützen will. Die Schlusskurse lagen wieder niedriger, Berlin 16, Paris 96, New York 3,78 1/2.

## Berlin steht zur Partei!

### Keine einzige Stimme für die Sonderbündler!

Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Berlins teilt mit:

Bezirksvorstand und Kreisleiter billigten in ihrer Sitzung vom 25. September einstimmig die vom Parteiausschuss am 22. September getroffene Entscheidung.

Auch der Bezirksausschuss des Bezirks Magdeburg-Anhalt hat einstimmig die Stellungnahme des Parteiausschusses gebilligt.

## Besuch Brünnings in Washington?

### Eine nicht dementierte „Kombination“.

Washington, 25. September.

Hier waren Gerüchte verbreitet, daß Hoover Reichskanzler Brüning nach Washington eingeladen habe. Unterstaatssekretär Castle erklärte auf Anfrage, daß diese Gerüchte lediglich eine Kombination darstellen. Er hob jedoch hervor, daß ein Besuch Brünnings in Washington äußere willkommen sein werde.

In Washington politischen Kreisen wird hierzu erklärt, daß trotz dieses Dementis ein Besuch Brünnings durchaus im Bereich der Möglichkeiten liege, selbst wenn bisher, soweit amtlich bekannt, keine Schritte zur Herbeiführung des Besuches unternommen worden seien.

### Laval hat Einladung angenommen.

Paris, 25. September. (Eigenbericht.)

Ministerpräsident Laval hat den Ministerrat am Freitag von der Einladung des Präsidenten Hoover zu einem Besuch in Washington unterrichtet. Der Ministerrat hat einstimmig die Bedeutung dieser Einladung anerkannt, der der Ministerpräsident Folge leisten wird. Die Abreise nach Amerika dürfte Mitte Oktober erfolgen.

Laval und Briand haben ferner über die bevorstehende Berliner Reise und die verschiedenen Fragen, die im Laufe der Besprechungen mit den deutschen Ministern behandelt werden, berichtet. Die angekündigte Erklärung über die Berliner Reise wird der Ministerpräsident am Sonnabend abgeben.

Der „Temps“ schreibt am Freitag zu dem Berliner Besuch, es wäre ein Irrtum, von den Berliner Besprechungen eine Art politisches Wunder zu erwarten und zu glauben, daß ihre Ergebnisse das Aussehen Europas mit einem Schlage ändern und die Lösung aller Probleme erleichtern werden. Aber es wäre ein nicht geringerer Irrtum, anzunehmen, daß die Reise einen reinen Höflichkeitsbesuch darstelle. Es gebe zwar Fragen, die die Deutschen auf Grund der von ihrer Regierung offiziell eingenommenen Haltung nur schwer erörtern könnten, aber auf dem Gebiet der praktischen Zusammenarbeit und der täglichen Arbeit für die berechtigten Interessen jedes einzelnen Landes ließe sich vielleicht etwas machen. Wenn Franzosen und Deutsche dann dazu kämen, gewisse Probleme gemeinsam zu diskutieren und ihre Bemühungen zu vereinen, dann wäre ein Anfang der Interessengemeinschaft und eine Atmosphäre geschaffen, die die Anpassung der Politik der beiden Länder an die Forderungen der Zukunft erleichtern würde.

### Franzosenbesuch und „Kriegsverbrecher“.

Im Zusammenhang mit der Meldung über den geplanten Empfang der französischen Minister durch Reichspräsident von Hindenburg ist von der Nationalistenpresse die Frage aufgeworfen worden, ob die französische Regierung amtlich Mitteilung von der Annullierung der „Kriegsverbrecherliste“ gemacht habe. Dazu wird von zuständiger Seite vollkommen zutreffend erklärt: „Die Tatsache, daß der französische Ministerpräsident den Wunsch ausgesprochen habe, vom Reichspräsidenten empfangen zu werden, spreche viel mehr für ein Nichtweiterbestehen der Kriegsverbrecherliste, als eine formal-juristische Regelung der Angelegenheit das tun könne. Es sei unwürdig, die Streichung einer Liste zu verlangen, die von Deutschland nie anerkannt worden sei. Die Tatsache des Besuches beweise schon, daß Frankreich von den alten Methoden abgerückt sei.“

## Von Liebfnecht bis Scheringer.

### Trotsky hält der KPD den Spiegel vor.

„Die Fehler der KPD in der Frage des Volksentscheids... werden in alle Lehrbücher der revolutionären Strategie als Beispiel dafür aufgenommen werden, was man nicht machen darf.“

„An der Haltung des Vorstandes der KPD ist alles falsch: falsch die Einschätzung der Situation, falsch das gesteckte Ziel, falsch die Mittel, die zur Erreichung des Ziels angewandt wurden.“

(L. Trotsky in „Bulletin der Opposition“, Nr. 24, September 1931.)

Trotsky untersucht in dem „Bulletin der Opposition“ die Geschichte der Volksentscheidstatistik der KPD und ihre theoretischen Grundlagen. Er macht sich lustig über das Schreiben vom 21. Juli an die sozialdemokratischen Mitglieder der preussischen Regierung. „Ist die SPD nur eine Abart des Faschismus, wieso kann man dann von ihr verlangen, daß sie zusammen mit der KPD, die Demokratie verteidigt? Und hat man der SPD Bedingungen für die gemeinsame Aktion gestellt, warum stellte man den Nazis keine Bedingungen für den gemeinsamen Volksentscheid? Was für eine „Abart des Faschismus“ recht ist, sollte doch auch für die andere billig sein?“

Man sprach von der „Einheitsfronttaktik“. „Aber wieso ist das Auftreten Schuler an Schuler mit den Faschisten gegen die SPD und das Zentrum die Anwendung der Einheitsfronttaktik gegenüber den sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern? Das wird ein proletarischer Kopf nie verstehen.“

„Man denkt vielleicht an die sozialdemokratischen Arbeiter, die im Gegensatz zu ihrer Partei an dem Volksentscheid teilnehmen? Aber wie viele waren es? Unter der Einheitsfront sollte man doch nicht gemeinsame Aktionen mit Arbeitern verstehen, die ihre Partei verlassen, sondern mit denen, die ihr treu blieben. Zum Unglück sind es noch sehr viele...“

Sodann zerpfückt Trotsky einen nach dem anderen die Gründe, die von Thälmann und seinen Spezialführern für ihre Taktik vorgebracht werden.

Im Jahre 1917 vor ihrer Machtergreifung haben die Bolschewiki sehr heftig die Koalitionsregierung Kerenski und die Sozialdemokratische Partei bekämpft. Als jedoch im August 1917 der General Kornilow den Versuch machte, mit der Hilfe eines Teiles der Armee die Koalitionsregierung zu stürzen, eine Rechtsregierung einzuführen und gegen die Arbeiterorganisationen vorzugehen, ähnlich, wie es sich die nationale Opposition in Deutschland plant. Da haben sich die Bolschewiki auf die Seite der Regierung der S. P. Russlands gestellt und Kornilow bekämpft.

„Lenin mußte sich damals vor einem Haftbefehl Kerenski verstecken. Hat vielleicht das Zentralkomitee der bolschewistischen Partei der Kerenski-Regierung das Ultimatum gestellt: Entweder befreist du unsere Genossen und nimmst die entehrenden Anklagen gegen sie zurück oder wir kämpfen nicht gegen Kornilow? So würde wahrscheinlich das J. A. Thälmann-Kemmerle-Neumann gehandelt haben. So handelte aber nicht Lenin. Er schrieb damals: „Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, zu denken, daß das revolutionäre Proletariat fähig ist, um sich an den Sozialrevolutionären und Menschewiken „zu rächen...“ sie im Stich zu lassen im Kampf gegen die Kontrevolution. Die Frage so stellen würde heißen: spießbürgerliche „Moralbegriffe“ auf das Proletariat übertragen...“

Trotsky vergleicht weiter das Kräfteverhältnis in Deutschland in den Jahren 1923 und 1931 und kommt zu dem Schluss, daß die Chancen einer proletarischen Revolution heute viel kleiner sind als 1923. Dabei darf man nicht vergessen, sagt Trotsky, daß die SPD noch immer eine Partei von Millionen bleibt. Man darf nicht vergessen, daß dank dem grauenhaften Rattenkönig von Fehlern der kommunistischen Führung in den Jahren 1923 bis 1931 die SPD heute eine viel größere Widerstandskraft besitzt als 1923. Daß die KPD im Juli/August 1921 so mächtig war, daß sie einen offenen Kampf gegen die ganze bürgerliche Gesellschaft wagen konnte, gegen den Faschismus und die SPD, könnte nur jemand behaupten, der soeben vom Mond herunterfiel.

Die Parteibürokraten der KPD glauben das selber nicht. Sie benutzen dieses Argument nur, weil der Volksentscheid durchgefallen ist und sie deshalb der Notwendigkeit entgehen wurden, die Probe aufs Exempel zu machen.

Die stalinistische Bürokratie ist nach Trotskys Meinung immer mehr bestrebt, den Faschismus mit seinen eigenen Waffen zu bekämpfen, sie entlehnt Farben aus seiner Palette, sie bemüht sich, ihn in der patriotischen Auktion zu überschreiben. „Das sind nicht mehr Methoden einer prinzipiellen Klassenpolitik, sondern Kunstgriffe kleinbürgerlichen Konkurrenzkampfes.“

Es ist schwer, sich eine schändlichere prinzipielle Kapitulation vorzustellen... als die Lösung der „Volksrevolution“. Durch keinerlei Sophisterei, durch keinerlei Zitatendrehung,

durch keinerlei Geschichtsfälschungen läßt Trotzky die Tatsache aus der Welt schaffen, daß man es hier mit einem prinzipiellen Verrat am Marxismus zu tun hat, zum Zweck, die Schorlatanerie der Faschisten am besten nachahmen zu können.

Das Verbrechen — ja das direkte Verbrechen der stalinistischen Bürokratie besteht, wie Trotzky weiter nachweist, darin, daß sie sich mit den nationalistischen Elementen solidarisiert, daß sie ihre Stimme mit der der Partei identifiziert, daß sie auf die Entlarbung ihrer nationalistischen und militaristischen Tendenzen verzichtet, und die durch und durch kleinbürgerliche, reaktionär-utopistische und chauvinistische Broschüre Scheringers als ein neues Evangelium des revolutionären Proletariats erklärt.

„Das einzige Verbrechen des ehemaligen revolutionären Arbeiters Thalmann besteht nun darin, sich des Grafen Stenbock-Fermat würdig zu zeigen.“

„Karl Liebknecht wird durch Scheringer ersetzt. Wie bitterer Hohn klingt nun der Titel: „Unter der Fahne des Marxismus.““

Man müsse endlich aufhören, die SPD. als Faschisten zu brandmarken. Das sei eine Dummheit, die die Kommunisten selbst immer wieder verwirrt. Je eher man mit diesem Blödsinn Schluß mache, desto besser. Aber Trotzky mutet den Kommunisten nichts weniger als geistigen Selbstmord zu:

„Um das feste Vertrauen der Arbeiterschaft zu gewinnen, müssen wir uns vor allem davor hüten, zu flunkern, unsere Kräfte zu übertreiben, die Tatsachen zu übersehen, oder noch schlimmer, sie zu verdrehen. Man muß aussprechen, was ist... Indem wir die Arbeiter betrügen, betrügen wir uns selbst.“

Interessant sind auch die Mitteilungen, die Trotzky über die Stellung Stalins zu Deutschland macht. Trotzky schreibt, daß im Jahre 1923, als in der Sowjetunion die Frage der deutschen Revolution lebhaft diskutiert wurde, Stalin gegen einen Aufstand war. Im August 1923 schrieb er einen ausführlichen Brief in diesem Sinne an Bukharin und Sinowjew. Die Kommunisten in Deutschland, schrieb er, können nicht auf die Faktoren rechnen, die den Sieg der Bolschewiken in Rußland so sehr begünstigten: Streben nach Frieden, Landhungers der Bauern, Sympathie und Unterstützung der großen Arbeiter- und Bauernmassen. Bekommen die deutschen Kommunisten die Macht, werden sie sie „im besten Falle nicht halten können, im schlimmsten Falle werden sie geschlagen und zurückgeworfen.“ Man müsse die Deutschen zurückhalten und nicht vorwärts treiben.

Brandler handelte danach. Als er das Spiel verloren hatte, betätigte sich Stalin als sein... Ankläger! Dieses Doppelspiel betreibt Stalin nach Trotzky Meinung auch jetzt.

Das Zentralorgan der Kommunisten Rußlands, die „Pravda“, aber fälscht, wie Trotzky abschließend sagt, die Statistik des Volksentscheidens, die der ganzen Welt, nur nicht den Lesern der „Pravda“ bekannt sind. „Die Arbeiter betrogen, ihnen Sand in die Augen streuen, das halten diese Leute für ihr gutes Recht.“

## Noch ahnungsloser!

### Der „Angriff“ deckt die Kurfürstendamm-Drogromisten.

Der am Freitag wieder erschienene „Angriff“ ist von der Vorderseite bis zur letzten Seite ein einziges Wutgeschrei gegen das Urteil im Kurfürstendamm-Prozess. Der Gerichtsvorsitzende, Landgerichtsdirektor Schmidt, wird in allen Tonarten beschimpft und die gebührende Rache im Dritten Reich nach dem Motto „Sein Kopf wird rollen“ wird ihm von Herrn Goebbels persönlich mit folgenden Worten in Aussicht gestellt:

„Eher als wir denken, wird die Stunde kommen, daß das Volk die Macht in unsere Hände legt. Das aber schwören wir: daß wir sie gebrauchen werden.“

Natürlich nehmen die Leute, die mit diesen Mitteln terroristischer Einschüchterung schon jetzt die Justiz zu beeinflussen suchen, nicht den geringsten Anstand, über mangelnde Unparteilichkeit der Gerichte gegen sie zu klagen. Weil die Landfriedensbrecher vom Kurfürstendamm die verdiente Strafe erhalten haben, ist nach Herrn Goebbels „die ewige Gerechtigkeit zur Dirne des Geldes herabgewürdigt worden“. Zwischen durch schlängeln sich ein paar Sätze, die nach außen hin den Vorwand ermöglichten sollen, daß die Leitung derartige Ergüsse mißbilligt, die aber für den Kundigen das genaue Gegenteil besagen, da sie nur ironisch aufzufassen sind. So etwa, wenn Herr Dr. Goebbels schreibt:

„Bieleicht auch wurde einem Sohn des ausermählten Volkes der Ellenbogen verstaucht. Wir wissen es nicht! (1) Sollte es der Fall sein, so erscheint uns das bedauerlich.“

Wer solche Sätze noch schreibt, nachdem acht Tage vorher die Gerichtsverhandlung einwandfrei ergeben hat, daß eine ganze Anzahl Personen, darunter z. B. auch der christliche Rechtsanwalt Wähling, in schwerster Weise mißhandelt wurden („wir müssen es nicht!“), der mißbilligt diese Taten nicht, sondern deckt sie, indem er sie zu bagatelisieren sucht. Die Unwissenheit bei Goebbels und den Seinen ist aber noch erstaunlicher. Nicht nur, daß sie trotz der Gerichtsverhandlung nichts von den Mißhandlungen wissen, nein, Herr Goebbels findet auch zu folgendem die Stirn:

„Die Tatsache, daß sich eine ganze Reihe von SA-Leuten aus den verschiedensten Gegenden Berlins sowie zwei SA-Führer gegen 10 Uhr abends an der Gedächtniskirche einfanden, war von vornherein insofern außergewöhnlich, als von der gesamten Berliner SA niemand wußte, daß an diesem Abend die Juden Neujahr feierten.“

Damit sind Herr Goebbels und sein „Angriff“ noch unter das Niveau der schuldlosen Ausreden gesunken, mit denen sich die angeklagten SA-Leute selber verteidigten. Diese haben wenigstens erklärt, daß sie „Prost Neujahr!“ gerufen hätten und daß sie wegen des jüdischen Neujahrs hätten zeigen wollen, daß es auch Nichtjuden in Berlin gibt. (Wozu der Gerichtsvorsitzende bekanntlich meinte: „Das hätte man auch aus dem Adreßbuch feststellen können.“) Aber man erfährt wir aus dem „Angriff“, daß diese Unschuldengel nicht einmal gewußt haben, warum sie „Prost Neujahr“ riefen. Für die Schande seliger und lächerlicher Ausreden hat man bei den Nazis jedes Gefühl verloren.

## Run in Belgrad.

### Belgrader Banken den Abhebungen nicht mehr gewachsen.

Belgrad, 25. September.

Die hiesigen Banken waren am Freitag den zahlreichen Abhebungen nicht mehr gewachsen. Die Regierung stellte in einer vertraulichen Verordnung den Banken anheiß, die Einleger nur nach Maßgabe der flüssigen Mittel zu befriedigen. Die Banken zahlten demzufolge von jedem Guthaben nur 75 bis 150 R. aus.

# Neuwahl in Hamburg!

## Bedeutungsvolle Entscheidung am Sonntag.

Hamburg, 25. September. (Eigenbericht.)

Die Hamburger Bürgerschaftswahl, die am Sonntag durchgeführt wird, ist mehr als ein lokales Ereignis. Ihr Ergebnis wird von symptomatischer Bedeutung sein zur Feststellung der psychologischen und politischen Rückwirkungen der Wirtschaftskrise auf die Stimmung des Volkes, zumal die wirtschaftliche und politische Krise in den letzten Monaten eine so scharfe Zuspitzung zu einer Reich, Länder und Gemeinden erschütternden Vertrauens- und Finanzkrise erfahren hat, die auch gegenüber dem September des Vorjahres eine völlig neue Situation geschaffen haben.

Das äußerte sich schon in der Führung des Wahlkampfes durch alle Parteien in Hamburg. Eine Hochflut von Flugblättern und Wahlzetteln, von Versammlungen und Aufmärschen beherrschte das Stadtbild. Führende Persönlichkeiten fast aller Parteien sprachen zu ihren Wählern. Ein ungeheures Ausmaß nahmen die Schwindeleien und Verleumdungen der Nazis und Kommunisten gegen ihren gemeinsamen Gegner, die Sozialdemokratie, an. Die Verzweiflungstimmung der notleidenden Massen ist noch nie in einem solchen Maße mißbraucht worden, wie es im Hamburger Wahlkampf vornehmlich durch die Kommunisten geschehen ist!

Demgegenüber steht allerdings die Tatsache, daß die muster-gültige sozialdemokratische Organisation in Hamburg mit ihren mehr als 50 000 Mitgliedern einen Wahlkampf geführt hat, der in seiner Aktivität und Begeisterung alle früheren Wahlkämpfe übertrifft. Der sozialdemokratische Wahlkampf war getragen von dem Bewußtsein, daß zwölfjährige entscheidende Mitverantwortung in Hamburg auf allen Gebieten der Kommunal- und der Landespolitik gerade in der Weltstadt Hamburg für die wertvollsten Klassen ergeben hat, die trotz der furchtbaren Krise als sichtbare Zeugen positiver sozialistischer Arbeit im Bewußtsein hunderttausender Hamburger lebendig sind. Leistungen, die dazu, wie auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge, trotz der Krise in großem Ausmaß aufrecht erhalten werden konnten.

Zweifellos ist die soziale Aufbauarbeit in Hamburg durch die Wirtschafts- und Finanzkrise gehemmt und bedroht worden. Ebensoviele aber ist es zweifelhaft, daß auch ein Sieg des zerstörenden Radikalismus in Hamburg die Schwierigkeiten kommunaler Arbeit unendlich vermehren und die Aufrechterhaltung einer sozialen Politik außerordentlich erschweren würde, gar nicht zu reden von den stimmungsmäßigen Folgen eines solchen Sieges des Hyperradikalismus im ganzen Reich.

Hamburg leidet besonders. Sein Hafen ist durch die Krise und die verfehlte Wirtschaftspolitik der Reichsregierung verödet. Über 60 große Ozeandampfer sind im Hamburger Hafen aufgelegt. 75 000 Familien erhalten Wohlfahrtsunterstützung, die Zahl der Arbeitslosen, die durch Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge unterstützt werden, beträgt rund 95 000. Es darf auch nicht übersehen werden, daß sich in der gegenwärtigen Krise der außerordentlich große Zuzug nach Hamburg, der gleich nach dem Kriege einsetzte, verschärfend bemerkbar macht. Hamburgs Bevölkerungszahl hat wesentlich durch Zuzug in der Nachkriegszeit um 175 000 zugenommen.

Man wird damit rechnen müssen, daß diese Erscheinungen sich im Ergebnis der Hamburger Wahlen auswirken, wie es sich bereits am 14. September 1930 gezeigt hat. Ein ungeschminktes Bild der politischen Kräfteverhältnisse auf Grund der Septemberwahlen 1930 braucht keine Prognose zu enthalten, ist aber doch zur Beurteilung des Wahlergebnisses, wie es auch ausfallen möge, von einiger Bedeutung.

## Auch eine Wirkung des Sonderladens.

### Zwecklagen der „Welt am Abend“ über Hilferding.

Die „Welt am Abend“, das Kommunistenblatt aus dem Münzenberg-Konzern, bemüht den Konflikt um die „Fackel“ zur Ausstreuung von Zwecklagen, die einer Abspaltung von der Sozialdemokratischen Partei dienen sollen. Sie verbreitet die Lüge, daß Genosse Hilferding die Errichtung einer neuen USPD begrüße. Er habe dies in einer Besprechung im Kreise der Mitarbeiter der „Gesellschaft“ dargelegt.

Die „Welt am Abend“ hat diese Lüge bereits einmal verbreitet. Wir haben sie als Lüge bezeichnet, trotzdem wird sie wiederholt. Genosse Hilferding ermächtigt uns zu der Erklärung, daß diese ganze Erzählung vollständig aus den Fingern geflogen ist. Es ist dumm und lächerlich, wenn die „Welt am Abend“ vorgibt, über Vorgänge in der Wohnung Hilferdings unterrichtet zu sein und Zeugen zu besitzen über eine Aussprache, die niemals stattgefunden hat. Konsequenzen und dreifachen Lügern jedoch muß man bei jeder Lüge auf die Finger klopfen. Wir stellen deshalb noch einmal ausdrücklich fest, daß hier eine fauldicke Lüge der „Welt am Abend“ vorliegt.

### Falsche Hoffnungen der Rechtsradikalen.

Die „Deutsche Zeitung“ freut sich über den Sonderladen der „Fackel“-Genossen. Sie schreibt:

„Die Gründung einer neuen, den allen „Unabhängigen“ entsprechenden Partei unter dem Namen Sozialistische Arbeiterpartei ist bereits vorbereitet. Damit ist die erste Bresche in den marxistischen Turm geschlagen.“

Das ist das härteste, was wir bisher über die „Fackel“-Genossen gehört und gelesen haben!

## Der Prozeß um Hugenberg.

### Genosse Fehrenbach zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt.

Detmold, 25. September (Eigenbericht.)

In dem Beleidigungsprozeß Hugenberg gegen den Redakteur des sozialdemokratischen „Detmolder Volksblattes“ Fehrenbach, bei dem es sich um Äußerungen des preußischen Ministerpräsidenten Braun und des deutschnationalen Parteiführers Hugenberg in Bielefelder Versammlungen handelte, wurde der Beklagte am Freitag wegen Beleidigung zu 200 M. Geldstrafe verurteilt. Die Beleidigung wird in der Ueberschrift eines Artikels erblickt, der lautet: „Braun fährt Hugenberg über das Lügenmaul“, und in dem Behauptungen Hugenberges zurückgewiesen wurden.

In der Begründung des Urteils wird gesagt, ob Braun tatsächlich die Äußerung vom 50fachen Millionär Hugenberg getan habe oder nicht, könne für die Frage, ob die Ueberschrift des Artikels eine Beleidigung darstelle oder nicht, gleichgültig sein. Die Tatsache der

Die Sozialdemokratie erhielt am 14. September in Hamburg rund 240 000 Stimmen. Das war ein Verlust gegenüber der Bürgerschaftswahl vom Mai 1928 um 15 000 Stimmen. Die stärkere Wahlbeteiligung ergibt aber bei einer Umrechnung auf die Hamburger Bürgerschaft, in der die Sozialdemokratie von 160 Abgeordneten 60 stellt, eine Verminderung dieser Zahl um etwa 8. Die Kommunisten steigerten ihre Stimmenzahlen von 116 000 im Mai 1928 auf 135 000 im September 1930. Am stärksten war natürlich der Zuwachs der Nationalsozialisten, die gegenüber 17 000 Stimmen im Mai 1928 im September 1930 144 000 Stimmen erreichten. Sehr viel erheblicher als bei der Sozialdemokratie waren die Verluste vor allem bei den Deutschen Nationalen, aber auch bei der Deutschen Volkspartei und der Staatspartei. Das Ergebnis der Septemberwahlen des Vorjahres hätte aber der jetzigen Hamburger Koalition (Sozialdemokratie, Staatspartei und Volkspartei) immer noch eine Mehrheit in der Hamburger Bürgerschaft gesichert. Ob auch die jetzt bevorstehende Bürgerschaftswahl diese Mehrheit ergibt, muß füglich bezweifelt werden, in erster Linie im Hinblick auf die Deutsche Volkspartei und die Staatspartei. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der Zusammenbruch dieser beiden bürgerlichen Mittelparteien, die in Hamburg immer noch eine relativ starke Stellung haben, weiter fortschreitet.

Es kann aber auch nicht geleugnet werden, daß die wirtschaftliche Lage und damit die psychologische Situation der breiten Wählermassen in erster Linie den Kommunisten zugute kommen wird. Wie wenig man darin an sich ein Bekenntnis zum Bolschewismus sehen darf, ist aus der einfachen Tatsache zu ermitteln, daß die Kommunistische Partei in Hamburg bei den Septemberwahlen zwar 135 000 Stimmen erreichte, aber heute nur über kaum 10 000 Mitglieder verfügt. Die kommunistische „Hamburger Volkszeitung“ hat in ihrem ganzen Verbreitungsgebiet nur rund 8500 Abonnenten. Wer die SPD wählt, begeht eben nur eine Verzweiflungstat.

Nun lassen gewisse Anzeichen den Schluß zu, als ob es sich bei dem zu erwartenden Erfolg der SPD nicht so sehr um eine Abwanderung ein sozialdemokratischer Wähler handelt, als vielmehr um Stimmen aus der Partei der Nichtwähler und der Nazis. In der Partei der Nichtwähler scheint ein Umgruppierung vor sich zu gehen. Es stehen neue Massen resignierter hinzu, während andere sich zu einer „politischen“ Entscheidung bequemen.

Eine Abwanderung von den Nazis ist durchaus möglich. Nach allen Beobachtungen wird die Nazistimme den Stand vom September 1930 nicht wieder erreichen; obgleich diese Schlimmzeit mit dem September 1930 ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hatte.

So läßt sich schon heute sagen, daß auch in Hamburg die Sozialdemokratie das starke Bollwerk politischer Vernunft und positiver Kommunal- und Staatspolitik bleiben wird. Das gilt in jedem Fall. Das Bürgertum wünscht sich zwar sehr gern eine bürgerliche Mehrheit in Hamburg. Die Aussichten dafür aber sind geringer denn je. Bei der notorischen Verantwortungslosigkeit der Kommunisten hat natürlich die auch bisher schon vorhandene sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit keine positive Bedeutung. Sie verhindert aber eine rein bürgerliche Regierung, die ein Regiment der Nazis wäre. Verliert die Hamburger Koalition ihre Mehrheit, dann wird das natürlich für die parlamentarische Arbeit nicht gerade sehr angenehme Folgen haben. Für die Führung des hamburgischen Staates aber wäre die Konsequenz, daß der jetzige Senat als geschäftsführender Senat im Amte bleibt, da sich für die Neubildung eines anders gearteten Senats keine Mehrheit zusammenbrauen läßt. Gustav Dahrendorf.

Aussage von Zeugen, die bekunden, die Äußerung gehört zu haben, könne aber nicht aus der Welt geschafft werden, trotzdem könne auch Herr Schred von dem 50fachen Millionär gesprochen haben. Hugenberg habe jedenfalls im besten Glauben seine Behauptung aufgestellt. Er könne also unmöglich wesentlich die Unwahrheit gesagt haben. Auch die Äußerung Hugenberges, der Marxismus sei schuld an der Arbeitslosigkeit, könne die Behauptung der Lügenhaftigkeit nicht rechtfertigen. Ob der Marxismus oder der Kapitalismus die Arbeitslosigkeit verschuldet hat, könne vom Gericht nicht entschieden werden. Auch wenn der Kapitalismus schuld hat, habe Hugenberg doch nur seiner politischen Ueberzeugung Ausdruck gegeben. Für Äußerungen seiner Presse sei er nicht verantwortlich, wenn sie nicht auf seine ausdrückliche Weisung erfolgt seien. Der Beweis, daß Hugenberg sich in mehrfacher Beziehung als Lügenmaul gezeigt habe, sei nicht erbracht.

## Der Hegentanz mit dem Schutzoll.

### Italien erhöht Zölle um 15 Proz. um Defizit zu decken.

Rom, 25. September. (Eigenbericht.)

Der italienische Staatshaushalt weist in den ersten zwei Monaten des laufenden Budgetjahres bereits ein so hohes Defizit auf, daß sich die Regierung am Freitag zu einer vorläufigen 15prozentigen Zollerhöhung veranlaßt gesehen hat. Die Erhebung gilt mit einigen Ausnahmen für alle Einfuhrwaren, für die in den bestehenden Handelsverträgen keine Vorzugsbehandlung festgelegt ist. Sie trifft auch die beträchtliche Ausnahme Deutschland nach Italien schwer. Die Finanzlage des Staatshaushalts bedarf nach dem auch im dritten Rechnungsmonat weiter gestiegenen Defizit eines sofortigen Ausgleichs um so dringlicher, als Italien an der Goldbasis seiner Valuta festhält und sie mit allen Mitteln verteidigen will.

Das Defizit des letzten Finanzjahres wurde mit einer 12prozentigen Herabsetzung der Löhne und Gehälter aller Staatsangestellten auszugleichen versucht.

## Strzynski tödlich verunglückt.

Warschau, 25. September.

Der ehemalige polnische Ministerpräsident Alexander Strzynski ist heute bei einem Autozusammenstoß tödlich verunglückt.

Das Unglück ereignete sich auf der Chaussee Wroclaw-Dziadow, als der Kraftwagen, in dem sich außer Strzynski der Militärattache bei der polnischen Gesandtschaft in Berlin, Oberst Karaszki, der Chauffeur und ein Jäger befanden, einen anderen Kraftwagen überholte. Strzynski war im Begriffe, sich mit seiner Begleitung zur Jagd zu begeben. Von den Anwesenenden blieb Oberst Karaszki und der Chauffeur unverletzt, während der Jäger mit leichten Verletzungen davontam.

# Krieg im Chinesen-Restaurant

## Japaner werden boykottiert — Chinesen ziehen — Europa kommt

Die kriegerischen Vorgänge in der Mandchurei haben ihre Schatten bis in die chinesische Kolonie Berlins geworfen. Die „Söhne des Himmels“ zwangen ihre Restaurateure, durch Plakate bekanntzugeben, daß Japanern der Zutritt zu ihren Lokalen verboten ist. Das konnte die Politische Polizei nicht dulden und hat die aufreizenden Anschläge abnehmen lassen.

Die Völker des Fernen Ostens geben sich in Charlottenburg bei ihren Köchen, die, wie bei allen Nationen im Ausland, die größte Rolle spielen, ihr Stelldichein. Mittags zwischen 12 und 4 Uhr sind die Restaurants täglich bis auf den letzten Platz besetzt. Dampfende Schüsseln voll Reis stehen auf den Tischen und von allen Seiten langen die übrigens völlig kopflosen Chinesen einträchtig mit Stäbchen hinein. Ein bißchen Geklapper, ein bißchen Balance und grazios verschwinden die weißen Körner im Mund der gelben Männer und Frauen —

Sonst gurgeln Restkante in lebhafter Diskussion durch die engen Räume. Seit Donnerstagsabend aber ist es still. Die gelbe Kasse hat ihre Hauptquartiere verlassen. Ueber die Reisschüsseln beugen sich blonde Deutsche, Norweger, Schweden, Dänen und studieren unbeschäftigt die Riesenspeisetarten, bis sich die Ober erbarmen und beratend eingreifen.

Der Auszug der Chinesen aus ihren Restaurants hat seine Vorgeschichte. Bei den ersten Nachrichten über den japanisch-chinesischen Konflikt demütigte sich der zahlreichen chinesischen Studenten in Berlin eine ungeheure Erregung. Das Verhältnis zu ihren japanischen Kassegenossen war bis dahin noch erträglich gewesen. Seit den Liebergrößen in der Mandchurei unterbiteten die sonst üblichen Diskussionen. Bilde, leidenschaftliche Zurufe von Tisch zu Tisch erfegten die lauchlichen Auseinandersetzungen. Das kriegerische Geplänkel begann. Androhungen von Gewalttätigkeiten kamen die Japaner zuvor und mieteten die Lokale. Ganz Rutige aber setzten sich der Gefahr aus, eine Abreibung zu bekommen. Die Wirte verlockten zu beschwichtigen. Die chinesischen Studenten ließen sich aber auf nichts ein und forderten Abzug der Japaner. Dem wurde stattgegeben. Plakate mit deutscher und chinesischer Inschrift „Japaner werden hier nicht bedient“ wurden an den Fenstern ausgehängt. Der Boykott war vollkommen. Die Politische Polizei aber machte einen Strich durch die Rechnung der Chinesen, beide Völker sind Gäste in Deutschland und können unmöglich ihre Kämpfe bei uns zum Austrag bringen. Wenn wir auch nicht verhindern können, daß sie im Fernen Osten aufeinander schlagen, hier müssen sie Ruhe halten. Die Politische Polizei verlangte deshalb Beseitigung der Anschläge. Die chinesischen Restaurateure kamen der Aufforderung nur zögernd nach, da sie selbst nun mit einem Boykott rechnen mußten. Im Restaurant „Tientsin“, Ede Kant- und Reibnitzstraße, dem größten der Unternehmen, das übrigens Angehörige des Büros der japanischen Militärattache zu seinen besten Gästen zählt, kam es zu tumultartigen Auseinandersetzungen. Die chinesischen Studenten forderten von dem Wirt, daß er den Boykott gegen die Japaner durchführe und die Plakate wieder zum Aushang bringe. Da er es ablehnte, zogen sie, ohne ihre Reisschüsseln nur angerührt zu haben, geschlossen aus und boykottieren nun ihren Landsmann —

Am Freitagmittag war in dem Restaurant kaum ein Chinese zu sehen. Dafür setzte aber eine Invasion europäischer Besucher ein, die dem Krieg Japan-China wahrscheinlich beim Teeglas beimohnen

wollten. Selbstverständlich drehten sich die Gespräche ausschließlich um die jüngsten Vorgänge. Jedem Gast gab der sächsische Kellner den offiziellen Kriegsbericht. Bei einem besonderen Trinkgeld verriet er sogar, daß die an den Wänden hängenden Tafeln mit gepinselten Schriftzeichen in keinem Zusammenhang mit der kriegerischen Boykottklärung stehen, sondern wohlmeinende Verdammungssprüche darstellen. Trotzdem ist Herr Ben, der Inhaber von „Tientsin“, von der Polizei verhört worden. Zu sagen, daß er so schweigsam ist, wie es nur ein Chinese sein kann, ist eigentlich überflüssig.

In der Kantstraße patrouillieren chinesische Studenten harmlos auf und ab. Ihre Freunde, die ihren Boykott durchbrechen, werden wohl nichts zu lachen haben. Die „Streikbrecherposten“ nehmen ihre Aufgabe ernst —

# Benzineexplosion in Mariendorf.

## Zwei Decken eingeführt. — Niemand verletzt.

Durch eine schwere Benzinexplosion wurden gestern Abend die Bewohner des Grundstücks Rosielweg 20 unweit der Lutherstraße in Mariendorf in Schrecken versetzt. In einer Wohnung des Hauses war eine Mieterin mit dem Reinigen von Kleidern beschäftigt, wozu sie Benzin verwandte. Durch allzu reichliche Verwendung bildeten sich die gefährlichen Benzindämpfe, die durch eine offene Flamme zur Entzündung gebracht wurden. Glücklicherweise hatte die Frau wenige Sekunden zuvor den Raum verlassen. Es gab einen mächtigen Knall, der weitläufig vernehmbar war. Die Fensterkreuze wurden durch den Luftdruck zertrümmert, ein Teil der Decke und eine Wand stürzten krachend zusammen. Die Tempelhofer Feuerwehr eilte auf den Alarm an die Anglukstraße und nahm die Abseigungs- und Ausräumungsarbeiten vor. Durch eine Stichtamme waren Teile der Möbel in Brand geraten, das Feuer konnte jedoch sehr schnell erloscht werden.

# Herbstzauber im Tiergarten

Das letzte Aufleuchten der Natur, die sich zur großen Winterruhe anschickt, erfüllt auch den Tiergarten in diesen Wochen. In allen Farbnuancen von Gelb bis Rot flattert es von den alten

Bäumen, schwingt sich einen Augenblick im Spiel der Sonnenstrahlen und sinkt zu Boden, deckt raschelnd die Wege, oder wagt eine letzte knappe Fahrt auf dem Wasser des Landwehrkanals. Noch eine Weile wird sich dieser leuchtende Schmutz halten, dann werden die kahlen Bäume, schmerzverkrampften Fingern gleich ihre Äste strecken. Unser Bedauern gehört den umgelegten Baumriesen, denen man die letzten Lebensjahre unerbittlich gekürzt hat. „Ach, die schönen Bäume“, jammert jeder, der des Weges kommt mit leisem Bormwurf gegen die vermeintlichen Missetäter, „warum eigentlich?“ Das Umlegen der Bäume hat aber einen ernsthaften Grund, und zwar handelt es sich um Ulmen, die von einer Pilzkrankheit befallen wurden, die dem Baum seine Kräfte entzieht, so daß er nicht mehr lebensfähig ist; es sind etwa 10 bis 15 Bäume, die von dieser Krankheit, die besonders in diesem Jahre heftig auftrat, befallen wurden und nun umgelegt werden müssen. Es sind 30 bis 50 Jahre alte Bäume darunter, aber auch jüngere. Der Herbst hat aber auch noch andere Arbeiten im Gefolge, so müssen die Rasenränder abgestochen werden, damit die Rasenfläche nicht zu weit in den Weg hineinwächst, die Eisenteile der Bitter werden gestrichen und wenn der starke Laubfall einsetzt, dann kommen die Männer mit dem Rechen. 80 bis 100 Gartenarbeiter sind ständig damit beschäftigt, den Tiergarten in Stand zu halten und dem Ruhezuhenden inmitten der steinernen Wüste der Großstadt auch im Winter eine Möglichkeit der Erholung zu sichern.



Blätter fallen  
am Landwehrkanal

## Berliner Sommerchau 1932.

Das Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsamt der Stadt Berlin hat in diesen Tagen die seit geraumer Zeit schwebenden Verhandlungen über die Durchführung der Berliner Sommerchau 1932, mit der die Idee einer Berliner Sommerausstellung zum 6. Male verwirklicht wird, zum Abschluß gebracht. Unter der Devise „Sonne, Luft und Haus für alle“ gelangt vom 14. Mai bis 7. August 1932 auf dem Berliner Ausstellungsgelände rund um den Funkturm eine große Schau zur Durchführung, die den Fragen des Anbau-Hauses (wachsenden Hauses), Kleingartens und Wochenendes gewidmet ist.

# WENN DER KURS FÄLLT

ROMAN von Felix Schmet.

Herr Direktor Marx zögert, denn er weiß nicht recht, wie er anfangen soll. „Aller Anfang ist schwer.“ Dieses harmlose Sprichwort kratzt sich in sein Hirn und vertriebt jeden vernünftigen Gedanken. Das Schweigen wirkt peinlich, besonders da Nora mit neugierigen Kinderaugen den Papa studiert. Der Herr Direktor verliert die Sicherheit. Er kann beim besten Willen nicht starre Blide ertragen. Er zieht an der Krawatte herum, die, da sie gelöst ist, ihre definitive, schicksalsbestimmte Form kaum verlieren kann. Die Lage ist unbehaglich geworden. Zum Unglück fällt ihm jetzt noch der Gemeinplatz ein: „Wie sage ich es meinem Kinde?“ Das Kind macht sich schon bestimmt lustig über ihn, der Mund zuckt verdächtig. Das darf nicht sein. Das wäre Auflehnung, Rebellion gegen ein Naturgesetz. Das Kind hat den Vater zu verehren und ihn nicht zu kritisieren. Nora kritisiert ihn aber, schätzt ihn ab, wiegt ihn und findet ihn zu leicht. Der Herr Direktor schämt sich plötzlich. Er gesteht es sich auch ein, denn er schwärmt für geistige Reinlichkeit. Alle Angestellten zittern vor ihm, und er zittert vor einem kleinen Mädchen, obwohl er im Recht ist, so geradezu das Recht vertritt. Man muß mit der Tür ins Haus fallen:

„Du hast in meinem Hause Unzucht getrieben.“ Ein Teller wird so hart auf den Tisch gestellt, daß er zerspringt. Rosenhaler Ware, zu dumm! Schemenhaft kommt dem Herrn Direktor diese Erkenntnis. Es ist ein Biß, der nicht einmal eine Sekunde leuchtet. „Lüge nicht! Mit meinen eigenen Augen habe ich gesehen, wie du nackt auf der Couch lagst, und der junge Silvester auf dich fiel.“ Benigstens stammt der Bengel aus einer anständigen Familie, überlegt Herr Direktor Marx. Er soll sogar Charakter haben. Vielleicht kommt er morgen im schwarzen Anzug zu mir, und einen Zylinder wird er sich auch dazu aufsetzen.

„Das ist nicht wahr!“ Nora ist von den väterlichen Worten niedergeschmettert. Woher weiß er?

„Du Frauenzimmer, du wagst noch zu lügen?! Schäm dich!“ Die Stimme überschlägt sich. „Ich betrat das Zimmer, ich konnte doch nicht ahnen, was dort vorging.“

Nora schreit auf. Sie brüllt und trampelt mit den Füßen. Sie spott ihrem Vater geradezu die Worte ins

Gesicht: „Man klopft an, wenn man ein Zimmer betritt!“ Schrecklich! Der eigene Vater ist Zeuge ihrer Niederlage gewesen, er hat gesehen, wie Harry sie verschmähte, wie er nicht nahm, was sie ihm liebevoll reichte. Erst in diesem Augenblick ermißt sie ihre ganze Schande, sie ist abgestempelt, verurteilt, sie ist nicht wert, ein Mensch zu sein, sie ist ein Nichts, ein Stückchen Dreck, das nicht länger leben darf, und sie bittete sich so viel auf ihre Schönheit ein. Ihre Schönheit? Sie lacht grell auf, und das Lachen geht in einen Weintrampf über. Häßlich ist sie, pesthäßlich! Und mit ihren spitzen Nägeln zerkratzt sie sich die kunstvoll hergerichteten Wangen, während sie ihren Schmerz herausschreit. „Geh' weg! Ich will dich nicht sehen! Du ekelst mich. Fort, sonst Rühr' mich nicht an...!“ Ihr ist nicht bewußt, ob sie Harry oder den Vater meint. Sie torleitet aus dem Zimmer. An der Tür stößt sie einen wilden Schrei aus: „Ich kann nicht länger leben!“

Was war das? Herr Direktor Marx faßt sich an den Kopf. Was das Nora? So spricht ein Kind mit seinem Vater, der von Jugend auf nur das Ideal der Arbeit kennt. Das Ideal der Arbeit? Ja, wofür arbeitet er? Hat die ganze Arbeit überhaupt einen Sinn, wenn sich sein eigen Fleisch und Blut gegen ihn empört? Der Herr Direktor steht steif wie eine Bildsäule da, die haben fest zusammengeklappt, den Kopf leicht nach hinten gebogen. Auf dem Tisch liegen Filet, Bohnes frittes und Worcheln erkalten in geronnenem Fett. Eine Gleichgültigkeit, eine Abgeschlossenheit der Welt gegenüber macht den Herrn Direktor unempfindlich. Die lastende Stille bringt ihm in alle Poren. Kein Laut ist zu hören, und vorher schrie hier jemand. Was schrie er doch? Schrie er nicht: „Ich kann nicht länger leben!“ Und jetzt diese Stille, diese Totenstille. Die Augen quellen dem Herrn Direktor aus dem Kopf, er schnappt nach Luft und wankt. „Jesus, mein lieber Jesus!“ schreit er auf. Dann stürzt er zu Noras Zimmer. Die Tür ist verschlossen und drinnen bewegt sich nichts.

Als man die Tür erbricht, findet man Nora schlafend im Bett. Sie lächelt wie ein zufriedenes, müdes Kind.

„Na, dann geben Sie mich man noch 'n paar Hörnchen!“ Seufzend zieht die Frau mit dem grünfarbten Umhang ihr riesiges Portemonnaie hervor. „Es langt all wieder nicht! Der liebe Gott wird's bezahlen.“

„Ich schreib's zu dem anderen“, sagt Frau Rosolf freundlich. Die Eggerten ist eine gute Kundin, und was sich so im Laufe der Woche ansammelt, wird pünktlich am Freitag beglichen.

Die Eggerten läßt das Brot und die Lute mit den Hörnchen in ihrer Wachsstocktasche verschwinden.

„Was der Oskar ist, der hat ja nu wieder 'ne Stelle. Aber lang hält der Segen nicht an.“

„Was Sie sagen...?“ Frau Rosolf tut interessiert. Sie wiegt inzwischen geriebene Semmel auf Vorrat ab.

„Ja, mein Oskar, der hat kein Sitzfleisch. So'n tüchtiger Jung, aber er hält nirgendwo aus.“

„Das gibt sich mit der Zeit. Wenn sie sich erst die Hörner abgestoßen haben, werden das die vernünftigsten Menschen“, tröstet Frau Rosolf und wendet sich an ein kleines Mädchen mit blondem Lockenkopf: „Was möchtest du, Kleine?“

„Für zwanzig Pfennig Rädertuchen und einen Liebesknochen.“

„Die werden sich auch mal das Kuchenessen abgewöhnen müssen...“ räsoniert die Eggerten, als das kleine Mädchen gegangen ist.

„Das war doch der Witt ihre, nicht? Von der Bohnsaub drüben, anne Ed.“

„Es ist so ein niedliches Kind“, stellte Frau Rosolf fest, die gern an allem etwas Reites findet.

„Ich wer denn man abschieden“, lezt sich die Eggerten langsam in Bewegung.

Frau Rosolf atmet auf. Dieses schwaghafte Wesen kann einen ganz wirr machen. Sie legt sich an einen wackligen, runden Tisch, vor dem ein ausgestrankter Korbstuhel und ein kleiner Rohrkocher stehen, und nimmt ein Paar Strümpfe zur Hand, die ausgebeßert werden sollen. Julius verliert reinweg die Hacken von den Füßen. Der arme Mann, er muß ja auch so viel herumlaufen, das Geschäft als Weinreisender geht nicht gut. Ehe sich heute jemand entschließt, ein paar Flaschen zu kaufen... Die Kolonialwarensrigen und Krämer stöhnen auch alle.

„Bleiben Sie ruhig sitzen, Frau Rosolf, ich nehm mir all mein Brotchen selbst. So...! Hier leg ich das Geld hin“, ertönt eine Frauenstimme.

„Ist recht, Frau Bahke“, nickt Frau Rosolf. Sie steht auf, nachdem die Kundin den Laden verlassen hat und steckt das Geld in die Kassetten. Es kann doch nicht herumliegen. Aber wenn die Leute denken, einem 'n Gefallen zu tun, muß man ihnen den Glauben lassen. Sie überzählt die Vorräte. Die zwei angelehnten Brote werden wohl übrigbleiben. Gottseidank sind die Semmeln gleich weg. Was noch da ist, wird verkauft, denn gegen sieben kommen noch schnell ein paar Kunden angelassen. Ich werd' 'n Stückchen Kranzbraten für Julius mit nach oben nehmen, den ist er gern. Und Vili kriegt 'n Rüstbraten. Wenn sie spät nach Hause kommt, stellt ich es ihr ans Bett. (Fortsetzung folgt.)

# Tat des Jähzorns.

Der Mann, der seinen Sohn töten wollte.

Am 13. Juni erschien beim Amtsgericht in Moabit der 35jährige Arbeiter D. und erklärte, seinen fünfjährigen Jungen getötet zu haben, die Leiche liege noch in der Wohnung. Als der Kriminalassistent eintraf, fand er den D. weinend dastehen. In seiner Kellerwohnung — Die Frau ist Plätterin — lag aber der fünfjährige Harby mit Pflastern bedeckt auf dem Bett, er war also nicht tot.

Die Mutter erzählte, daß der Mann, ein schwer nervöser und leicht reizbarer Mensch, durch die wirtschaftliche Misere voll Lebensüberdruß, den Sohn habe töten wollen. D. selbst schuldete bei seiner polizeilichen Vernehmung, er habe mit seiner Frau Zant gehabt, sei mit dem Sohn dann in das andere Zimmer gegangen, habe dort einen Stuhl ergreifen und auf den Sohn eingeschlagen. Wie das über ihn gekommen sei, wisse er nicht. Beim Verlassen der Wohnung habe er ein Rasiermesser eingesteckt, um sich das Leben zu nehmen. Erst am Tage zuvor habe er, als er mit dem Jungen durch den Wald ging, sich gleichfalls mit dem Gedanken getragen, diesen und sich selbst zu töten. Bei dieser Darstellung wies D. sowohl bei der Untersuchung durch Prof. Strauch als auch beim Untersuchungsrichter. Wenige Wochen aber, nachdem er in der Einzelzelle des Moabitler Untersuchungsgefängnisses verbracht hatte, widerrief er seine Aussage und behauptete, seinen fünfjährigen Jungen mit dem Stuhl nur aus Versehen getroffen zu haben; er habe früher deshalb andere Aussagen gemacht, weil er nicht zur Frau zurück gewollt und gehofft habe, nach Herzberge zu kommen.

Vor dem Landgericht I steht ein rundlicher, gutmütig aussehender Mensch. Der erste Eindruck war: bei dem ist etwas nicht in Ordnung. Trotz wiederholtem Vorhalt des Vorsitzenden blieb er dabei, daß alles nur ein unglücklicher Zufall gewesen sei. Er habe mit der Frau Zant gehabt, sei bei Betreten des anderen Zimmers, das vom ersten durch einen Vorhang getrennt sei, über einen Stuhl gestolpert, aus Wut habe er ihn ergriffen, um ihn wegzuschleudern und habe dabei seinen Jungen getroffen, der gerade unter dem Bett hervorgetreten sei. Er habe überhaupt oft mit der Frau Zant gehabt, weil sie bei der geringsten Kleinigkeit stundenlang schimpfen könne. Den Jungen habe er sehr gern gehabt; er habe wohl öfter geäußert, am besten wäre es doch, der Junge wäre nicht mehr am Leben; auch habe er mehr als einmal Selbstmordgedanken gehabt. Es sei in der Kellerwohnung so eng gewesen, die Frau habe immer gezankt und er habe doch keine Arbeit finden können.

Beständlich wurde erst die Persönlichkeit des Angeklagten aus dem Gutachten des Sachverständigen. Sohn eines Trinkers, der im Delirium gestorben ist, äußerst reizbar, neigt er zu Kurzschnupfhandlungen, daher seine drei Vorstrafen wegen Körperverletzungen. Der Staatsanwalt beantragte gegen D. zwei Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf Freispruch: der Angeklagte habe seiner ursprünglichen Aussage gemäß im Augenblick der Tat wohl den Gedanken gehabt, seinen Sohn zu töten. Gerade aber aus diesem Umstande wie auch aus der Tatsache, daß er sich schon seit langem mit diesem Gedanken getragen habe, seinen Sohn aus diesem Jammerlande zu befreien, sei zu folgern, daß der Angeklagte bei der ihm zur Last gelegten Handlung sich im Zustande einer Geistesstörung befunden habe. Er hat sein Kind gern gehabt und es lag kein Grund für ihn vor, den Sohn aus der Welt schaffen zu wollen.

# Umzug am 2. Oktober.

Das Polizeipräsidium bringt folgende Bestimmungen für den bevorstehenden Umzugstermin in Erinnerung:

Wenn Mietwohnungen von den bisherigen Mietern zum 1. Oktober 1931 zu räumen sind, so muß die Räumung der Wohnung a) bei kleinen, aus höchstens zwei Wohnzimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen am 1. Oktober bis 13 Uhr, b) bei mittleren, aus mehr als zwei bis zu vier Wohnzimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen am 2. Oktober bis 13 Uhr, und c) bei allen übrigen Wohnungen am 3. Oktober bis 13 Uhr beendet sein. Die unter b und c des § 1 vorgesehene Vergünstigung wird den ausziehenden Wohnungsinhabern nur unter der Bedingung gewährt, daß bei Wohnungen bis zu drei Wohnzimmern mit Zubehör ein Wohnzimmer, bei Wohnungen von mehr als drei Wohnzimmern mit Zubehör zwei Wohnzimmer schon zum 1. Oktober 1931 bis 13 Uhr vollständig geräumt und dem Hauseigentümer bzw. dem einziehenden Mieter zur Unterbringung von Einzugsgut zur Verfügung gestellt werden. Unter Zubehör einer Wohnung sind Altköpen, Küchen, Kammern, Wohnräume, Verschläge und Vorratsteller zu verstehen.

# Steuerbeamter als Naziwerber.

„Sie sollten sich ja bloß mal den Rummel ansehen.“

Ein Parteigenosse schreibt uns:  
Am 22. Juli 1931 hatte ich wegen meiner Bürgersteuer im Finanzamt Neukölln zu tun. Ich wurde mit meiner Angelegenheit nach Zimmer 231 zum Obersteuersekretär G. verwiesen. Während meiner Anwesenheit betrat ein älterer Herr das Zimmer und fragte nach einem Buch. Herr G. antwortete: „Das hat ein junger Hilfsarbeiter erledigt, der nächstens wieder eingestellt wird.“ Nachdem der Mann das Zimmer verlassen hatte, sagte ich zu Herrn G.: „Wenn hier Hilfskräfte eingestellt werden, kann man da nicht auskommen? Ich bin auch schon längere Zeit stellungslos!“ Der Herr Obersteuersekretär antwortete: „Leider wird hier zur Zeit keiner eingestellt, sondern es wird immer noch abgebaut, trotzdem wir jetzt mehr zu tun haben als früher. Die Verhältnisse werden sich bei uns erst ändern, wenn die Nazis aus Ruber kommen, das ist meine persönliche Meinung! Oder auch die Kommune (gemeint sind die Kommunisten), aber die würden ja doch bloß alles verfahren, wie in Rußland. Die Führer und leitenden Köpfe werden erschossen, und heute müssen deutsche Ingenieure drüben helfen, trotzdem sie selber genug hatten.“ Da ich darauf nichts erwiderte, erledigte G. erst meine Steuerangelegenheit. Dann ließ er sich nochmals mit mir in ein Gespräch ein: „Wie kommen Sie denn mit Ihrer Unterstützung aus? Ich meine, haben Sie gutes Essen? Wollen Sie nicht bei den Nazis essen gehen? In der Richardstraße bekommen Sie für 10 Pf. ein gutes Essen. Ich habe selbst schon da gegessen und mir sogar

# Auf der Kleidersammeltour.

Feldzug gegen das Elend.

In dieser Woche veranstaltet die Arbeitsgemeinschaft für öffentliche und freie Wohlfahrtspflege, Bezirk Schöneberg, der auch die Arbeiterwohlfahrt angehört, ihre zweite Kleidersammlung.

In und vor den Baracken des Arbeitsamtes Schöneberg, Ebersstraße, herrscht reges Leben und Treiben. Es ist Mittagszeit und der Wochenmarkt beginnt gerade seine Zelte abzubauen, die Straße ist verstopft mit Fuhrwerk aller Art, Gemüse- und Obstkörbe fliegen geschickt im Bogen auf die Wagen, geschäftig eilen die Marktleute hin und her und die Passanten haben alle Mühe, sich durch den Trubel hindurchzuwinden. Da stehen aber zwischen den Marktständen noch andere Fuhrwerke, die doch eigentlich hier nichts zu suchen haben: leere Brauerei- und Kohlenwagen, der Wagen eines Baumaterialienhändlers und ein paar Reichswehrkraftautos. Statt der Ware stehen leere Stühle im Wagen und darüber leuchtet ein Plan mit der Aufschrift „Kleidersammlung“. Mit diesen Wagen, die von den Besitzern kostenlos zur Verfügung gestellt wurden, begeben sich die Kleidersammlerinnen „auf Tour“.

Gegen 300 Fröbelkinderinnen haben sich mit wachem Feuer-eifer in den Dienst der guten Sache gestellt, sie haben es übernommen, von Haus zu Haus zu wandern, treppauf, treppab zu klettern, an jeder Wohnungstüre zu klingeln und, mit dem Bettelstiel in der Hand, um abgelegte Kleidungsstücke zu bitten. Im Besitze der polizeilichen Genehmigung, eines arbeitsamtlichen Ausweises, der **Armsblinde mit der Aufschrift „Kleider“**.

angehen mit einem weißen Mittel erhalten sie zunächst genaue Anweisung; jede Leiterin der Sammelwagen hat das genaue Verzeichnis der Straßen und Häuser, sie beaufsichtigt, gibt Befehle und sorgt für die richtige und gewissenhafte Ausführung des so bitter notwendigen Liebeswerkes. Den Sammelwagen ging eine Werbefahrt durch sämtliche Straßen des Bezirkes mit Plakaten, Rufst, und den Zweck des Ganzen kennzeichnend, ansgehängten Kleidungsstücken, voran; außerdem machten Ansätze an den Liffahsäulen und der Kinoleinwand, Ausrufe im Rundfunk usw. auf die Veranstaltung aufmerksam. In 20 Bezirke wurde die Gegend aufgeteilt, pro Tag will man fünf Bezirke erledigen mit je 40 Sammlerinnen für den Vor- und Nachmittag. Eben kommt die Vormittagschicht zurück, sie hat allerlei zusammengebracht, wo man niemand antraf, wurde die Bistitenkarte, in Form eines Handzettels, hinterlassen, viele wollten auch erst Sachen zusammensuchen und bestellten die Sammlerinnen auf einen anderen Tag. Nun kommt die Nachmittagschicht an die Reihe, die Wagen werden erklettert, die Pferde ziehen an, es geht los. Bedächtig rumpeln die schweren Wagen, besetzt mit lebensfrohen und jungen Menschenkindern, die sich des Ernstes ihrer Aufgabe bewußt sind, die Straßen entlang.

Angefangen wird in den obersten Stockwerken.

Ein bisschen verlegen sind die Sammlerinnen doch, aber sie lassen es sich nicht merken, bloß eine kleine Sekunde zögern sie, „äustest du

oder ich, wer wird sprechen?“, aber dann geben sie sich einen Ruck, die Klingel tritt in Funktion. Zuerst erscheint stets das misstrauisch oder ängstlich blickende Auge am Guckloch; dann öffnet sich ein schmaler Türspalt, durch den ein Augenpaar samt Rasenpfeife sichtbar wird, oftmals aber auch die ganze Tür. Im ersten Hause gab es, trotz des pessimistischen Signals der Portierfrau „hier is nicht zu holen“, einen halben Sack voll Kleider und ein Chaiselongue! Hocherfreut über die reiche Ernte standen die Empfänger der umfangreichen Liebesgabe doch etwas machtlos gegenüber, bis die eine meinte, der Kutscher würde gewiß mit anpacken; blitzschnell huschte sie die Treppe hinunter, der Kutscher glänzte im Augenblick durch Abwesenheit, statt seiner erschienen zwei weitere Helferinnen, eine jede packte das Ding an einer Ecke und zog ging es die Treppe hinunter. Freundlich waren die Geber fast alle, sehr viele gaben etwas und wenn sie nichts geben konnten, dann bedauerten sie dies herzlich. Eine gute Arie überlegte einige Augenblicke, dann verschwand sie und kam mit zwei Kinderkleidchen wieder; ganz kurz flog ihre Augen über die Kleider, dann strich ihre Hand noch einmal leise zitternd darüber. Wieder eine andere Frau. Man sieht ihr an, sie hat einst bessere Tage gesehen, aber das ist endgültig vorbei: „Korbeweise hab ich früher Sachen verschert, nun könnte ich sie selbst so gut gebrauchen“, meint sie, „aber warten Sie mal, ich hab doch was für Sie; hier sind ein Paar Schuhe von meinem verstorbenen Mann, sie sind noch ganz gut“, und stolz zeigt sie auf die guten Sohlen.

Der mir etwas geben und entbehren kann, der läßt die jungen Bittstellerinnen nicht vergebens abziehen. Zwischendurch gibt's auch mal ein paar Kröttige. Eine von ihnen scheint sich aber doch eines Besseren besonnen zu haben; kaum hatte sie nämlich mit einem knurrigen „Rein“ die Tür laut und vernehmlich zugeworfen, tief sie den ein wenig verdatterten Bettelmönchlein nach: „Fräulein, Fräulein, kommen sie doch man zurück“, und steckte ihnen ein Kleidungsstück durch die halbgeöffnete Tür. Vielfach heißt es, wir haben selbst arme Verwandte, oder wir haben selbst nichts. Während sich im Zimmer der Leiterin der Kleidersammlung die Helferinnen instruieren lassen, steht das Nebenzimmer,

die Kleiderausgabestelle.

dichtgedrängt voll Menschen und den Ausgeberinnen wird es sauer, so vielen ein Rein sagen zu müssen; da kommt eine dürtige Arie im dünnen, fadenscheinigen Sommerfächchen, sie brennt auf ein warmes Kleidungsstück, dort ein Junge, dessen Hose wirklich nur mehr ein Fragment ist, da ein junger Mensch, dessen Stiefelsohlen auf der ewigen Rundreise nach Brot bedenkliche Verfallserscheinungen erlitten haben. Am stärksten ist die Nachfrage nach Männerkleidung und gerade diese kommt so spärlich ein. Die Kleider- und Schuhfrage wird bei Rasse und Ralte mehr als brennend, weil ein ausgehungertes Magen wenig Wärme erzeugt, ein Mensch mit zerissenen Schuhen nicht den Dauerlauf um ein Stück Brot machen kann und ein frierender Körper den besten Nährboden für Krankheit bietet.

# Ein Mahnruf des Oberbürgermeisters.

Im Rahmen einer Tonfilm-Wochenschau äußerte sich der Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahm über die Lage der Stadt Berlin und die Sparverordnung der preussischen Staatsregierung. Er sagte u. a.: „Das Reich wird trotz seiner schwierigen Finanzlage den Städten helfen müssen, und es ist auch anzunehmen, daß es sich an der Deckung des Fehlbetrages mit einem Beitrag zu den Ausgaben für die Wohlfahrtsdienstleistungen beteiligen wird.“ Sahm wies weiter darauf hin, daß er die Stadtverordnetenversammlung keineswegs völlig ausschalten wolle. Er sagte: „Ich hoffe, daß in den gemeinschaftlichen Beratungen der beste Weg gefunden wird, wie im einzelnen das Sparprogramm gestaltet werden soll. Jedoch die eine Bedingung muß ich von vornherein stellen: daß die von mir in Aussicht genommene Summe der Ersparnis erreicht wird. Es hilft aber nicht, nur von heute aus morgen zu disponieren, sondern es soll die Grundlage für eine Gesundung der Finanzen der Stadt auch für die Zukunft geschaffen werden.“ Sahm schloß mit einem Satz aus einer Denkschrift des City-

Ausschusses, der eine Mahnung an die Reichsregierung darstellt. Er lautet:

„Größe und Geltung eines Staates hängt heute von Maß und Verfassung seiner Hauptstadt und davon ab, ob und wie diese Stadt als Repräsentant des Staates, als Quelle und Mündung aller feiner Kräfte funktioniert.“

# Autobus gegen Straßenbahn.

Sechs Fahrgäste erheblich verletzt.

In Wilmersdorf an der Ecke Brandenburgische und Konstanzer Straße ereignete sich gestern nachmittags ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einer Straßenbahn der Linie 44 und einem Autobus der Linie T.

Der Autobus wurde auf der Straßenkreuzung von dem Triebwagen der Straßenbahn seitlich gerammt und schwer beschädigt. Zahlreiche Fenster Scheiben gingen bei dem Zusammenprall in Trümmer. Während die Fahrgäste der Straßenbahn mit dem Schreden davonkamen, erlitten mehrere Insassen des Autobus Verletzungen. Sechs Personen erlitten auf der nächsten Rettungsstelle erste Hilfe, eine 51jährige Frau Alice Reihner aus der Warstraße 31 wurde ins Wilmersdorfer Krankenhaus in der Adenbachstraße übergeführt. Der schwerbeschädigte Autobus mußte aus dem Verkehr gezogen werden. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung.

In der Oberspreestraße in Niederschöneweide wurde gestern die 24jährige Frau Helene Schulz aus der Veinstroße 33 in Neukölln von einem Dapollkraftwagen überfahren und tödlich verletzt. Frau Sch. hatte sich mit ihrem Fahrrad an das Lastauto angehängt. In einer Kurve kam sie dabei so unglücklich zu Fall, daß die Hinterräder des schweren Fahrzeuges über sie hinweggingen.

# 25 Jahre Arbeiterbildung.

Anlässlich des 25jährigen Bestehens des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit findet am Sonnabend, dem 3. Oktober, 20 Uhr, im ehemaligen Herrenhaus, Leipziger Straße 3, eine Festveranstaltung mit Begrüßungsrede und einleitendem Vortrag über „25 Jahre Arbeiterbildung“ statt, die von gelanglichen Darbietungen umrahmt wird. Außerdem wird am Sonntag, dem 4. Oktober, 12 Uhr, im Theater der Volksbühne am Bülowplatz eine künstlerische Feier veranstaltet mit der Aufführung der 5. Sinfonie von Beethoven, einer Ansprache des Genossen Heinrich Schulz, sowie der Uraufführung des Chorwerkes „Aufmarsch“, Rufst von Heinz Tiefen, Text von Max Bartels. Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. für die Sonnabendveranstaltung und zu 1 R. für die Sonntagsoberveranstaltung sind an folgenden Stellen zu haben: Bezirksbildungsausschuss, Lindenstr. 3. — Deutscher Holzarbeiterverband, Buchhandlung, Kungestr. 20. — „Naturkunde“, Johannisstraße 15. — Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Ballstraße 65. — Verlagsgeellschaft des ADAP, Sorbitten, Inselstraße 6a. — Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buch-

Alle Genossinnen und Genossen beteiligen sich heute, Sonnabend, 26. September, an der allgemeinen

# Flugblattverbreitung

bruder, Dreilindstr. 5. — Zigarrengeschäft Horsch, Engelkufer 24/25. — Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Ritterstraße Ecke Luisen- ufer. — JdM., Hedemannstraße 12. — Außerdem sind Karten für Erwerbslose und Jugendliche unter 18 Jahren zu ermäßigten Preisen gegen Ausweis im Sekretariat der Arbeiterjugend, Lindenstraße 3, und in der Buchhandlung J. H. B. Dieh, Lindenstraße 2, zu haben.

### Freimilchaktion bleibt erhalten. Kostenlose Lieferung von Milch an die Kinder Erwerbsloser.

Bei einer Besprechung im Hauptgesundheitsamt wurde zur Freimilchaktion für die Kinder Erwerbsloser mitgeteilt, daß die Stadt Berlin bisher sehr erhebliche Mittel bereitgestellt hatte, um die Kinder Erwerbsloser kostenlos mit Milch zu versorgen. Die schlechte Finanzlage hatte nun leider auch zu einer Einschränkung des für diesen Zweck zur Verfügung stehenden Betrages gezwungen.

Um aber die gesundheitlich sehr wichtige Milchversorgung der Kinder der Arbeitslosen nicht zu stark einzuschränken, hat die zentrale Gesundheitsverwaltung mit den an der Milchversorgung beteiligten Kreisen seit längerer Zeit Verhandlungen aufgenommen, um durch eine Milchverbilligung das bisherige Milchquantum aufrecht halten zu können. Diese Verhandlungen sind nunmehr zu einem erfreulichen Abschluß gelangt. Milchhandel und Landwirtschaft haben sich bereit erklärt, die auf städtische Milchkarten für die Kinder Erwerbsloser abgegebene Milch so zu verbilligen, daß trotz der geringeren Mittel ungefähr das bisherige Milchquantum weiter verteilt werden kann.

Die Untersuchung der Schulanfänger und Schulklassen im Jahre 1930 ergab, daß von 19 255 einzuschulenden Knaben 968 = 5,03 Proz., von 18 729 Mädchen 1023 = 5,46 Proz. vom Schulbesuch zurückgestellt werden mußten. Von den zur Entlassung kommenden Schulkindern wurden von 10 096 Knaben 717 = 7,1 Proz. und von den 10 881 zu entlassenden Mädchen 704 = 6,47 Proz. als noch nicht berufsähig befunden.

### Unterschlagungen eines Bankkassierers. Fehlgeschlagene Effektenspekulationen.

In der Depostenkasse VII der Dresdner Bank am Hohenzollernufer 1 in Tempelhof sind jetzt Unterschlagungen aufgedeckt worden, die der langjährige Kassierer M. dieser Zweigstelle begangen hat. Nach Auskunft der Zentrale der Bank dürfte die unterschlagene Summe etwa 20 000 Mark betragen und nicht, wie von anderer Seite mitgeteilt, das Dreifache.

Die Unterschlagungen des Kassierers, der jahrelang zu vollster Zufriedenheit in der Zweigstelle tätig war, sind darauf zurückzuführen, daß er mit Bankkunden befreundet war und in engerem Verkehr stand. Das Vertrauen dieser Kunden zu ihm war so groß, daß sie Depostgelder nicht während der Kassierstunden zur Bank brachten, sondern ihm des öfteren nach Schluß des Abends persönlich übergaben, damit er die Einzahlung veranlassen solle. Von diesen Beträgen hat M. dann Gelder für eigene Effektengeschäfte entnommen oder sich auch von seinem Bekannten für derartige Geschäfte Gelder geben lassen. Während er diese Unregelmäßigkeiten zur Zeit des normalen Bankverkehrs zum Teil durch gemachte Gewinne wieder ausgleichen konnte, hatten die Kursrückgänge in der letzten Zeit zur Folge, daß seine Verschlingungen ans Tageslicht kamen. Der ungetreue Beamte wurde sofort vom Dienst entbunden und eine eingehende Untersuchung in die Wege geleitet, die noch nicht vollständig abgeschlossen ist. Bisher hat die Bank noch keine Strafanzeige erstattet, weil erst durch die genaue Untersuchung und Nachprüfung der Konten festgestellt werden soll, wie hoch der Schaden tatsächlich ist, der zu einem Teil durch Effektenspekulation des Kassierers ausgeglichen werden dürfte.

### Abschiedsbrief des Mädchenmörders.

Der flüchtige Chauffeur Adolf Witte, der seine frühere Verlobte, die 21 Jahre alte Elisabeth Keg, durch drei Schüsse tötete, konnte noch nicht festgenommen werden.

Die Wohnung seiner Mutter in der Bon-der-Hendel-Straße hat Witte nicht aufgesucht, obwohl die Kriminalpolizei damit rechnete, daß er dort erscheinen würde. Mehrere Beamte befanden sich in der Wohnung, um die Mutter des Flüchtigen zu vernehmen, als ein Brief des Flüchtigen einging. Er ist, wie der Poststempel beweist, am Freitagmorgen zwischen 6 und 7 Uhr auf dem Postamt Berlin-Friedenau aufgegeben worden. In dem Briefe bittet der Chauffeur seine Mutter um Verzeihung für den Schritt, den er getan. Mit Abschiedsworten an die Mutter schließt der Brief. Ueber seine weiteren Pläne deutet der Chauffeur nichts an. Daß er Berlin verlassen haben könnte, ist kaum anzunehmen, da er nicht im Besitze nennenswerter Geldmittel ist.

### Vermißte.

Seit dem 28. August d. J. wird die 32 Jahre alte Frau Charlotte Gliner vermißt, die mit ihrem Manne und zwei Kindern im Alter von 9 bis 11 Jahren in der Jungferstraße 20 in Lichtenberg wohnte. Die Verschwundene ist 1,68 Meter groß und schlank, hat dunklen Wuschel und trägt zuletzt ein dunkles Kreppkleid. Mitteilungen über ihren Aufenthalt erbittet die Vermißtenzentrale im Polizeipräsidium.

Seit dem 31. August 1931 wird der 18 Jahre alte Martin Thiemann, Köpenick, Elisabethstr. 20, vermißt. Bekleidet: blaue Schirmmütze, heller Windjacket, grüne Brecheshose, schwarze Schürschuhe mit Lederkappen. Größe 1,69 Meter. Mitteilungen erbitten die Eltern M. Thiemann, Köpenick, Elisabethstr. 20.

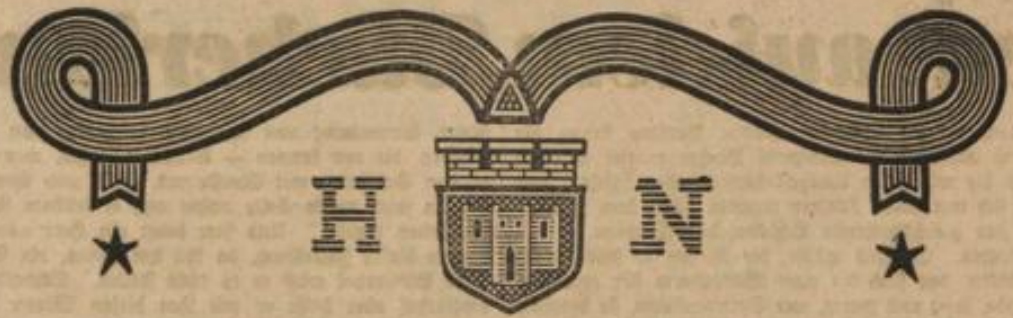
Billiger Septembersonnabend im Zoo. Am heutigen Sonnabend, dem 26. d. M., kostet von 2 Uhr Nachmittag ab der Eintritt in den Zoologischen Garten für Erwachsene nur 50 Pf., für Kinder 25 Pf.; dieselbe Ermäßigung gilt für das Aquarium. Von 4 Uhr ab Konzert. Zugleich sei darauf hingewiesen, daß die Tierkinderchau, die den lebhaftesten Beifall gefunden hat, in ihre letzte Woche tritt; sie wird am Sonntag, 4. Oktober, geschlossen.

Generalprobe der Berliner Feuerwehr. Heute findet eine Generalprobe der Feuerwehr auf dem Flughafen Tempelhof statt. Am Spätnachmittag, etwa von 17 Uhr an, werden die modernsten Hilfs- und Abwehrmittel der Feuerwachen vorgeführt. Nach Einbruch der Dunkelheit — gegen 19 Uhr — erfolgt eine Riesenschießaktion mit zehn Zügen auf die Flugzeughallen I—III. Brand- und Rauchbomben werden das zu bekämpfende Feuer kennzeichnen und die Besucher haben Gelegenheit, aus nächster Nähe die Einkreisung und das Lösen des Flammenmeeres zu beobachten.

Deutsche Gesellschaft für Pilsbunde. Unentgeltliche Pilserkurionen am Sonnabend, 26. September, in die Jungferstraße unter Führung von Herrn Preuß. Treffpunkt 14<sup>15</sup> Uhr. Pfl. Jungferstraße, und Sonntag, 27. September, in die Köpenicker Wälder unter Führung von Herrn Ernst. Treffpunkt 10 Uhr Köpenicker.

Verein ehemaliger Fremdenlegations Berlin. Sonnabend, 26. September, 10 Uhr, Versammlung im Lokal von Reider, SW. 61, Tempelhofer Str. 12.

Rotgewerkschaft der Kleinen Gewerbetreibenden. Selbsthilfe über Unter- gang des Kleingewerbes. Referent: Roland Keller. Freie Aussprache. Sonntag, 27. September, 10 Uhr, im Lokal Heinrich, Weißensee, Lehndamm 6 (Röde- Kinoanplatz). Untertagsbeitrag 20 Pf.



# WER WIRD SIE RAUCHEN?

WER  
gewohnt ist, Ansprüche  
an seine Zigarette zu  
stellen,

WER  
durch die Not der Zeit zur  
Sparsamkeit  
gezwungen ist,

DER  
wird sie rauchen,  
denn

# Nürnberg

ist eine echte  
NEUERBURG  
und kostet nur

# 4 Pf.



Erna Büling:

# Orient auf dem Bücherkarren

In dem grauen, milchig unklaren Dunst Berlins stehen die Bücherkarren. Eine absonderliche Auswahl Bücher wartet auf den Käufer. Da liegen die mit Hohn Ausgestoßen neben solchen, von denen der Besitzer sich nur unter Tränen trennte. Auf dem Bücherkarren erleben sie das gleichmachende Schicksal des Wartens.

Viele Hände suchen. Da sind etliche, die müssen in jeder greifbaren Auslage wühlen, das sind die vom Warenhaus her gewöhnt. Dann kommen Hände, lang und gierig, wie Spinnenbeine, sie betasten die Bücher auf ihren Wiederverkaufswert. Wieder andere Hände können Bücher nur streicheln, für sie werden sie wie bedrucktes Papier und Einband, sondern sind und bleiben ein Buchstabenmeer mit eingeschlossenen Seelen.

In letzter Zeit marschieren, nahezu regimentenweise, der Orient auf den Bücherkarren. Sei es, daß die Türken die lateinischen Buchstaben einführen, sei es, daß der Hunger so viele wissenschaftlich interessierte Menschen zur Veräußerung alles Entbehrlichen treibt.

Bei ihrer Reise in das Leben eines neuen Besitzers haben die Bücher ihre ereignisreichen Schicksale. Da kauft ein Arbeitsloser eine türkische Grammatik mit Schäßel, zum Selbstunterricht. Hier in Berlin ist es für ihn kalt, immer kalt, auch im Hochsommer. Er ist schon so lange aus dem Arbeitsprozess ausgeschaltet, daß keine erwärmende Freude mehr in sein Innenleben kommt. Das ewige Niedergeschlagenheit macht frösteln. Nie, nie wird er einen Sonntag im Orient erleben. Wird er mal wieder Arbeit bekommen, dann muß er seine Lampen mit Kleidern verkaufen, dann muß er wieder essen und sein Magen wird ein richtiges Essen nicht mehr vertragen. Er will die laßende Zeit ausnutzen. Diese Zeichen arabischer Schrift sollen ihm das Tor seiner Sehnsucht, die Pforte zum Orient öffnen. Er lernt das Alphabet, kühn betritt er den Garten der tausend Birnüsse. Er lernt und lernt und müht sich mit Käf und Lam, die — da man die Botate wegfährt — aneinandergefügt bedeuten können gel (tomme), tel (Krähig), gül (Rose), gil (Behm), küll (Wache) und küll (jeder, alles). Er lernt und lernt, bis er an eine Stelle kommt, wo drei Seiten im Buche fehlen. Da hört er notgedrungen auf mit seinen Sprachstudien und das ist schade, denn er hätte das Buch erst, wenn er zehn Seiten weiter gewesen wäre, freiwillig in die Ecke geworfen.

Da liegt ein persisches Buch „Kallia wa Dumna“. Es ist das Fabelbuch des Orients. Die meisten Orientalen sagen, es wäre tollamer gewesen, dieses Buch statt „Tausendundeine Nacht“ in europäische Sprachen zu übertragen. „Kallia wa Dumna“ hat eine Geschichte, die sich wie folgt liest: „Ein Gelehrter brachte aus der großen Bibliothek eines indischen Fürsten dem persischen Jaren Kira Nu Schirwan dieses Buch. Als der Herrscher von dem Inhalt

dieser Sammlung von Weisheit in Form von Tierfabeln — der ältesten, die wir kennen — Kenntnis nahm, war er so entzückt, daß er den Gelehrten mit Edelsteinen, Gold und Gewändern beschenkte, ihn an seine rechte Seite nahm und er selbst ihm der Wernächste im Leben wurde.“ Und hier kauft ein Herr vom Berliner Bücherkarren dieses Fabelbuch, da ihn der Preis, ein Groschen, reizt. In seine Bibliothek wird er es nicht stellen. Schenkt er es der Staatsbibliothek oder heißt er mit ihm diesen Winter den Ofen? Beide Möglichkeiten stehen offen.

Da liegen, stark mit arabischen und persischen Worten durchsetzt, türkische Gedichte, die einer Frau nachgerufen wurden, die in Bezruh starb. Sie erinnern nicht nur an diese Tote, sie erinnern an Djauid Bey, den Finanzminister der Jungtürken, der während seiner Amtszeit unablässig durch Europa jagte, um neue Pumps für sein geldbedürftiges Land aufzunehmen. Djauid Bey mußte sterben in der Türkei Mustafa Kemals, die derart arm geworden ist, daß sie sich nur eine Meinung erlauben kann. Djauid Bey aber wollte eine neue Zeitung, ein Blatt der Opposition gründen. Darum mußte er an den Balken. Djauid Bey war mit den drei Gütern beschenkt, die das Leben lebenswert machen. Er war gesund, er war klug, er war reich. In seiner letzten Nacht auf Erden meinten in den Großstädten Europas Damen der Gesellschaft, um diesen vornehm lebenswürdigen Menschen. In dieser, seiner letzten Nacht ging manch' englische traditionelle Selbstbeherrschung verloren; denn man hatte Schritte unternommen, um Djauid zu retten, was als eine Einmischung in innerpolitische türkische Angelegenheiten betrachtet wurde und für Djauid die Schlinge des Strides festzog. In Europa tobte, weinte und heulte man um Djauid Bey — und Djauid las Gedichte in seiner letzten Nacht. Und die gleichen Gedichte „Das Grab“ liegen hier auf dem Bücherkarren in Berlin.

In der Türkei räumt man auf mit den Büchern und Handschriften in arabischen Lettern. Dienstfrühe, reformbegeisterte Offiziere kontrollieren Bibliotheken und Archive und merzen aus. Dabei wundert Staatspapiere, die von dem Verhältnis zwischen Bulgarien und der Türkei berichten, unter das Altpapier. Sie kartieren über den ganzen Balkan und sie wurden eifrig gesammelt von Menschen, die ein Interesse daran haben. In der Türkei opfert man sich selbst und sein Gut dem nationalen Programm und hatte dabei das Buch, die Geschichte seines Landes zu verschleudern. Keusch lagen auf einem Obstwagen in Berlin lose Blätter mit arabischen Schriftzeichen. Da man hier nun wohl in die Geschichte Adrianopels (das 1362 türkischer Macht anheimfiel und zu unserer Zeit die Festung wurde, welche die Jugend zweier Länder mordete) Pflaumen eindeckt?

## Bernhard Schröder: Lobita

Jäger in den endlosen Sümpfen des Gran Chacos Südamerikas, liebe ich die Einsamkeit, wenn auch ihre Allmacht mich ins Bodenlos drückt.

Als ich einmal im Wasser herumzielte, mich bei jeden Knoten im Schilf neigte, um das darunterliegende Tellerseifen zu revidieren, erbeutete ich zwei Fische. Auf dem Wege zum Ufer glühterte dunkelbrauner Samt vor meinen Füßen, zwei Fischaugen quollen daraus hervor. Ein breites, reizendes Mäulchen spiepte wie ein Vogel. Eine ganz junge Fischeotter war es. Trug ich die Mutter auf dem Rücken? Ich nahm das kleine unschuldige Dittlerkind auf den Arm und brachte es in meine Baumhöhle. Hier spiepte es so eindringlich, daß ich Schmerz empfand, der mich wiederum froh machte. Ich hatte also noch ein Gewissen.

Lobo heißt im Spanischen Wolf, doch auch die Fischeotter bezeichnet man im spanisch sprechenden Südamerika mit Lobo.

Es geschah, daß ich, der, um zu leben, jeden Tag Tiere tötete, Lobita zu lieben begann. Nicht mehr allein war ich jetzt. Als sie größer, bemeglicher wurde, ging ich mit ihr zu einem nahen Tümpel und warf sie mitten hinein. Ich muß glücklich ausgegangen haben dabei, denn Lobita wurde zu einem dicken Kalb, der hitzigartig unter Wasser hin- und herhob. Tauchte sie einmal auf, konnte ich mich heiser rufen. Sie verschwand und gründelte wieder nach Aufsteigen. Froh über ihre Freude, griff ich zur Peitsche. Doch — der Latag lag im Baum. Zurückspringend, dampfte ich bald wieder dem Tümpel entgegen, aber — meine kleine Freundin war weg. Ich lockte. Das Wasser regte sich nicht. Schnell war das hohe Gras am Ufer abgeputzt. Nichts. Nie war mir die Einsamkeit im Sumpf so schauerlich. „Lobita!“ — Keine Antwort. Mir war's, als ob ich einen Menschen suchte. Hinter dem Tümpel schlangen sich verschlungene Bäume hoch. Das lange Buschmesser zischte weghauchend hinein. „Lobi—ta!“ — Totenstiller Urwald. Zurückziehend suchte ich noch einmal am Tümpel jeden Grasbüschel ab. Blüßlich sah meine rechte Hand fest. Ich zog: Lobita mit ihren prächtigen Fischräuberzähnen hing daran. Mich erkennend, ließ sie los, puhte sich das Blut von den breiten Lippen und legte sich artig in meine hohlen Hände.

Sicherlich war Lobita, überanstrengt durch das Schwimmen, unter das Gras getrocknet und fest eingeschlafen, als meine Hand sie aufschredte.

Zuweilen fühlte ich mich so jung wie die Kleine, die mit der Zeit sogar etwas schalkhaft wurde. Nicht selten spielten wir Bersteck. Auf allen Bieren tollte ich von einem Busch zum andern, hinter unser Haus, legte mich auf den Bauch. Lobita wollte nämlich schneller sein als ich, hoppelte hinter mir her, stolperte über ihre kurzen, trummen Schwimmbelägen, spiepte wie ein Baby und raffte sich wieder auf. Am Ende ließ ich mich doch von der hechelnden Kleinen erwischen. Sie legte sich dankbar an meine Seite, fauchte zufrieden und knusperte behaglich an den Narben meiner rechten Hand, die zwischen ihren wie geschliffenen Zahnreihen lag.

Aber der Tag kam, wo die Windsestermunkion, Tee und Salz alle wurden. Zweimal wanderte ich mit Fellen fünf Tagereisen weit zum Fluß. Das dritte Mal nahm ich Lobita mit. Ein Dampfer brachte uns in acht Tagen nach Buenos Aires. Hier wohnten wir auf dem flachen Dach eines beschiedenen Gasthauses. Die Wirtstochter wurde eiferfüchtig, wenn Lobita sich um die Füße des Kammermädchens schlängelte und sich nicht fortlocken ließ. Der Hauspächter wollte nur noch mit der Sumpflungler spielen, war nicht vom Dach zu prügeln. Ja, Artisten wollten mir einen großen Geldschein geben und meine Chaco-Lobita mitnehmen.

Die Jagdheute war schnell verkauft und vierzehn Tage später hatte unfer lebendes Häuschen uns wieder. Und hier, zwischen Sümpfen, Tümpeln, Wäldern, Wäldern, kamen wir uns noch näher, bildeten unsere Sprache aus. Lobita ging nun auch mit mir zu dem nächsten Sumpf und hing für uns beide Fische. Ein bestimmter Laut von mir, sie verließ das Wasser. Bald wurde sie braun und schlank wie ihre wilden Schwestern.

Eines Morgens war Lobita nicht da. Ich dachte sofort an den Tümpel, ging hin, sah zwei Ottern am Ufer. Lobita mit einem Freund? Die weit machte sie den hergelaßt haben? Er war dunkler, größer, wild. Sie spielten. Reife schlief ich mich zurück. Lobita war allein ausgegangen, sie würde allein wiederkommen. Aber ich hörte sie erst in der Nacht. Schwankend, mit tiefen Bihwunden, kam sie nach Hause, schlief sofort unter meinen Händen ein.

Fortan wurden ihre Bewegungen selbstbewußter, schmieglamer. Das helle Leuchten dehnte sich, zarte Erhebungen zeigten sich rosig an flaumigen Stellen. Bald. Ich freute mich schon auf die dunkelbraunen Samtkinder.

Kurz danach fand mich eine Mondscheinnacht unweit meines Jagdlagers auf einem Baum. Unter mir, auf einem Sandstreifen zwischen zwei Sümpfen, war ein von dem Jaguar häufig benutzter Wildwechsel. Ich mußte lange warten. Vollgelegene Korktotos hingen in meinem Gesicht. Es war so unheimlich still, daß ich sie unter meinen reibenden Händen plagen hörte. Blüßlich ein Schrei in meinem Häuschen. Ich sauste durch die Luft, fühlte Erde, raßte. Die am Windsester befestigte Langrohrlampe blühte auf zwei phosphorisch leuchtende Kugeln in meiner Baumhöhle. Scharf jagte das Korn in der Rinne gegen eins der grüngelben Lichter. Knall. Köchel im Baum. Finsternis. Wie flog das Messer so schnell zwischen meine Zähne. Aber da grellte das Vampenlicht wieder in die Höhle, riß den Jaguar noch einmal hoch. Dann schlachte das Tier tot hin. Lobita lag mit zermalmen Kopf hinten auf ihrem Lager.

Was ich in jener Nacht tat, weiß ich nicht mehr. Geschlafen habe ich nicht. Ich war wieder allein mit mir und den Sümpfen. Acht Jahre sind inzwischen dahingegangen. Immer denke ich an Lobita, wie man an ein verlorenes, gleichartiges Wesen denkt. Wie ist das möglich? Und nun habe ich mich mit einem Druck befreit und endlich Lobitas Geschichte geschrieben, so, wie man sie begreifen kann. Aber wie wenig begreifen wir.

## Ivan Heilbut: Welten

Während die Familie im Restaurantgarten an einem Kaffeetisch nahe der Steinbrüstung saß und den kleinen Booten und Seglern zusah, die in der Nähe und Weite kreuzten — lag die braungraue Dogge hinter einem der Stühle und leckte beharrlich das Fell an der Pfote. Zwischen durch sah sie zu den Menschen am Tisch hinauf, vorwurfsvoll und doch nur für einen Augenblick, als ob sie sich wegen ihrer Gedanken genierte.

Nämlich die Dogge wartete darauf, ob nicht von den Herren und Frauen da oben jemand die Hand nach unten zu ihr ausstrecken würde, um freundlich ihr Nackenfell zu durchstrahlen. Sie hatte eine trante Pfote. Und das ist der Vorzug, den Kranke vor Gesunden genießen: Man sagt ihnen Gutes und traut ihnen im Fell.

Was hatte nun aber die Dogge von ihrer schlimmen Pfote? Gar nichts. Niemand liebte sie. Das Fräulein wandte manchmal den Kopf, und dann warf der Hund sehr schnell seinen Blick zu ihr auf — aber sie betrachtete ihn nicht, sondern mich, denn sie ihrerseits meinte, ich hätte mein Vergnügen daran, sie zu betrachten... während ich meinerseits doch die Dogge betrachtete hatte.

In einer Seite begrenzte den Garten der Tanzsala. Der Wiener Balzer schallte gedämpft durch die großen Fenster. Das Fräulein sah sich zu den Fenstern um, und auch ihre Mutter wurde aufmerksam. Die Herren beobachteten die kleine Führe, die scheinbar von Menschen überlastet war; die Herren dachten: man sollte wetten, ob die Führe umfliegen wird oder nicht. — Dann belamen sie Lust zum Kartenspielen.

Die Dogge leckte unaufhörlich ihre wunde Pfote. Sie kam durchaus nicht auf den Gedanken, die Leute am Tisch da oben durch irgendeinen Laut auf ihr Weh aufmerksam zu machen. Sie hielt

sich dazu nicht für berechtigt. Ihr Mund hing an den Winkeln hoch ab wie bei vereinsamten Menschen.

Ich dachte: Wenn es wahr sein sollte, daß der Mensch entsprechend seiner Führung auf Erden verwandelt würde in ein höheres oder in ein niederes Wesen... Mir wurde bange. Ein Hund sein? O Herz, in einer Region seine Tage leben, wo man sich nur mit Hunden verständlich bespricht; vom Menschen getrennt durch Millionen Etagen. Wie eine Fühmatte stumm auf dem Boden liegen und im tiefsten eine Sehnsucht in sich tragen, weil man zu Menschen gehörte, gehört...

Der Hund dachte: Käme jetzt ein Kind mit einem Ball und rollte ihn über die Erde, suchte zwischen den Beinen von Stühlen und Tischen, suchte, oder würde es ihn in die Wellen hinunter. — Er hörte ihr Geräusch. — Eine Wunde hat man, dachte der Hund, und man wird nicht einmal im Fell gekraut.

Im Tanzsala sangen zwei von der Kapelle Worte zum Jazz. Das Fräulein, durch die Männerstimmen sehr interessiert, starrte zur Musik hin. Auf dem Rückweg zur See streifte ihr Blick auch die Dogge.

„Seht, ach, seht ihr, schon wieder die Pfote“, rief das Fräulein und genoh mit Vergnügen ihr gutes Herz. Und die Familie betrachtete nun ihren Hund.

Er war sofort in die Höhe gesprungen — auf das erste Anzeichen hin, daß man den Umgang mit ihm wünschte. Ich sah oberhalb seiner Vorderpfote ein beträchtliches Stück vom Fell gleichsam abgezogen.

Sie liebte ihn, sie trauten ihn, sie hielten ihm ein Stück Kuchen hin. Hohe! Er hatte die Verbindung mit Menschen wieder. Er mußte „bitte schön“ machen, dreimal, und beim vierten Mal, als seine Demut zur Zufriedenheit der Mutter des Fräuleins ausgefallen war, durfte er, das Stück Kuchen in der Schnauze, um den Tisch herum an seinen alten Platz unterm Stuhl.

Er hielt seinen Kuchen zwischen den Pfoten wie ein Löwe sein Fleisch und biß kleine Stücke, behaglich wie ein Refraktanzent, mit schräg aufknappende Schnauze ab. Süß ist es, mit den Menschen zu leben.

Später schlang der Herr auf dem Stuhl einen Arm um den braunfellen Hals der Dogge und ließ sie mit den Vorderpfoten auf der steinernen Brüstung stehen. Das Tier sah auf den See hinaus, es interessierte ihn sehr. Minuter blüßten die braunen Augen, die sich von Menschenaugen in nichts unterschieden, den Herrn an, der ihm die Erscheinungen auf dem See erklärte.

„Siehst du, Robby, das ist ein Motorboot“, sagte der Herr, „und das ist ein Paddler — und das Rasse ist der See —“

„Darf ich noch hier oben bleiben?“ fragten die Augen. „Ja? Danke. — Was bedeutet das alles da?“

## Hugo Efferoth: Marktag in Ypern

Nun bin ich wieder die gleiche Straße gewandert, über die wir einst in den dunklen Nächten schritten, in Reihen zu zweien; quer vor der Brust hingen uns Gewehr und Patronengürtel; die den Rücken wundschuerten und den Atem verkrümmten. Damals lohnte am Horizont düsterrot der Scheiterhaufen der Front. Das Grollen des Völkerhaufes brach nie ab in unseren Ohren und ließ die Gespräche in der Korporalschaft bald verstummen.

Denkst du noch daran, Kam'rad, der du jetzt an der Straße Morlede-Ypern sicher besser schliffst als früher je beim Fourageunteroffizier im Heu? Und war das doch schon der Wollst wollelängste, damals, als wir noch auf dieser Straße über Stachelkraut und giftige Baumstämme vorwärts stolperten! In die Nächte des Grauens.

„Achtung! Granatloch! Weiterfagen! Mensch, tu die Zigarette weg!“

In Ypern ist Marktag — du lästst, Kam'rad? Es ist so! Ja, und deinen Appelzinenorden — denn du warst ein braver Sachse aus Crimmitschau und ohne jeden Sinn für Heraldisches — deinen Appelzinenorden mit dem empörend gelben Bande, dem du nicht entgegen tonntest, als wir beide die Patrouille am Wegekreuz von Brobeinde machten, — oh, deinen schönen gelben Appelzinenorden habe ich hier im „Museum of War“ wiedergefunden, neben pergogenen und verrosteten Seitengewehren, zerfetzten und verwitterten Gasmasken, Feldtelefonen, Kachelstücken, Koppelschloßern, die ein geschwägiger Belgier in leidenschaftslosstem schlechtem Französisch in einem Keller zeigt.

Dort drüben aber ist Marktag. Markt in Ypern! Warum Europa nicht untergehen kann, trotz allem? Schenbere mit mir eine Viertelstunde über den Markt von Ypern, und du weißt, warum!

Denn da stehen nur noch die grauen, käglischen, niedrigen Stumpfen von den einstmaligen stolzen Tuchhallen dieser Stadt der Weber und königlichen Kaufherren. Daneben, freilich, die Kathedrale vom heiligen Martin — die Kathedrale, weißt du, die immer die heiße, bellende Wut unserer Haubigen erregte, weil der Engländer von ihrem Turm in unsere Stellungen, unsere Quartiere, unsere Läger äugte —, ist neu erstellt in schönem weißem Backstein. Auch sonst ist dieses Ypern, wie alle die anderen Orte, Paschenboese und Bierfaenenhoel, Zonnebeke und Becelaere, die nur einmal zerhachte Keller und zerplügte Friedhöfe waren, außerstanden wie ein Soakfeld im Frühling. Praktisch ist's hier und ein bißchen ungemütlich, wie alles Keuse. Selbst der Dorfschmied von Zonnebeke darf jetzt auf seinem Wasserklosetz sitzen, wenn er will oder muß. Jeder Viehtrahel hat noch seinen Granatrichter; aber nicht pro memoria; er ist vielmehr die Tränke, die man gerade dort braucht. Ohne das Wellblech unserer „Siegfriedstellung“ kein Hühnerstall, kein Karmickelbehälter!

Aber Marktag auf dem großen, frisch gepflasterten Rathausplatz von Ypern — das ist eine Lektion europäischer Geschichte. Ueber Gräbern Geschäfte! Ein Korb grüner, sauber gewaschener Spinat steht auf dem Stumpf einer Säule. Die Ziegelmauer dort, die immer noch rot blüht, ist gepugt mit Blumentohl und Petersilie. Das Mädchen, das Kessel und Pflaumen verkauft, sitzt auf dem Bauch eines heiligen ohne Kopf und strickt fleißig, weil die Rundschau noch fehlt. Raro, angeschirrt an seinen Wagen, hat sich in den Eingang des Unterstandes gelegt, in dem noch die Drähte funterbunt liegen, die einmal Schrapnell und Gasgranate anforderten. Er sonnt sich und gähnt und leckt mit der roten weichen Zunge nach der deutschen Hand, die ihm jetzt den dicken, struppigen Kopf streicheln will.

Ja, Europa ist so un sentimental. Europa ist so vergesslich! War's anders, wir wären längst dort, wo das Feuerland oder Kamtschatka heute noch sind. Es lebe unsere Vergesslichkeit! Wenn man alles bedenkt: ihr verdanken wir, daß wir immer noch leben. In Europa. In Ypern.

Weltvorrat an Erdöl. Nach neuerlich angestellten Berechnungen soll der Weltvorrat an Erdöl in 80 bis 100 Jahren erschöpft sein. Man nimmt sogar an, daß die Erdölquellen in den Vereinigten Staaten bereits in 20 bis 25 Jahren verfliegen werden. Amerika hat auch die größte Ausbeute unter allen Öl gewinnenden Ländern der Gegenwart. Es bringt täglich über 2 Millionen Faß Rohöl in den Handel.

# Brüning bei den Industriellen.

Ein Warnsignal. — Die Wirtschaftsführer als Seelenretter.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat gestern abend eine Feier zu Ehren von Carl Duisberg veranstaltet, der das Präsidium an Krupp von Bohlen und Halbach abgibt. Bei diesem Anlaß hielt Reichsfinanzminister Brüning eine Rede, in der sich die folgenden bemerkenswerten Ausführungen finden:

Auch an mein Ohr klingen tagtäglich — dal leise, mal lauter — Zweifel in die Zukunft und bange Rufe nach der Führung. Ich weiß, daß das eine naturgemäße Erscheinung ist, und ich hatte die Ehre, Ihnen und Ihren Mitarbeitern vor wenigen Tagen darzutun, daß der Umfang der Tätigkeit der Reichsregierung in den vergangenen Wochen und Monaten ein viel umfassenderer gewesen ist, als es zur Stunde zweckmäßig erscheint, einer größeren Öffentlichkeit mitzuteilen. Abgesehen von diesen, hat die Reichsregierung eine Fülle anderer Maßnahmen bereits getroffen bzw. zur Veröffentlichung in der nächsten Woche vorbereitet. Darüber hinaus wird es nötig sein, gewisse noch weittragendere Schritte zu tun in dem Augenblick, in dem die Bewegung des englischen Pfundes, die am vergangenen Sonntag eingeleitet hat, in ihrer weiteren Entwicklung sicher erkannt werden kann.

Brünings Ausführungen über den Umfang der Tätigkeit der Reichsregierung beziehen sich auf umfangreiche Subventionen und Stützungen durch die Reichsregierung, von denen die Öffentlichkeit bisher noch keine Kenntnis hat und die stärksten Industrien gegeben worden sind. Die Undeutungen des Reichsfinanzministers über weittragende Schritte lassen erkennen, mit wie ernster Sorge in Deutschland die Entwicklung der englischen Inflation verfolgt werden muß. Das Ausmaß der englischen Inflation kann den deutschen Außenhandel auf das schwerste beeinträchtigen.

Die Worte des Reichsfinanzministers zeigen so die ganze Schwere und die kritische Gespanntheit der gegenwärtigen Situation. Herr Duisberg hat auf die Rede des Reichsfinanzministers geantwortet. Er hat selbstverständlich die Unternehmung geseiert, er hat über den Materialismus des Volkes geklagt und schließlich deklamiert:

„Den Unternehmern und allen anderen verantwortlichen Persönlichkeiten in der Wirtschaft obliegt es auf der anderen Seite, durch verständnisvolle Förderung einer geistigen Grundhaltung unseres Volkes auf einer weit höheren Basis, als sie der Materialismus je zu geben vermag, zum Durchbruch zu verhelfen. Ich bin der festen Überzeugung und möchte das gerade am heutigen Tage besonders betonen, daß unser deutsches Volk nur dann die zweite Blüte erleben wird, wenn der deutsche Mensch wieder seine deutsche Seele findet, wenn dem Gegeneinander ein Füreinander, dem Ringen um die Macht im Staate ein Ringen um die Macht für den Staat folgt.“

Jetzt kommen uns die Führer des bankrotten Kapitalismus mit der Seele! Sie zeigen sich in einer neuen Rolle. Den Beruf zum wirtschaftlichen Führertum glaubt ihnen keiner mehr, also zeigen sie sich in der Rolle der Retter der deutschen Seele. Wenn sie keine anständigen Löhne zahlen, so wollen sie doch wenigstens Seelen retten. Vor dem Bankrott redeten sie vom Geldschrank, nach dem Bankrott von der Seele.

Wir danken bestens für die Seelenrettung durch die bankrotten Wirtschaftsführer!

## Der neue Industriepräsident.

Krupp von Bohlen und Halbach Nachfolger Duisbergs.

In seiner heutigen Sitzung nahm das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie offiziell Kenntnis von dem Rücktritt des bisherigen Vorsitzenden, Geheimrats Duisberg. An seine Stelle wurde zum Nachfolger einstimmig Dr. Krupp von Bohlen und Halbach gewählt.

An Stelle des Chemiekapitals übernimmt also die Schwerindustrie mit Herrn Krupp von Bohlen und Halbach die Führung im Reichsverband der Deutschen Industrie. Wenn die Wahl von Herrn Krupp auch gestern einstimmig im Schoße des Präsidiums beschlossen wurde, so ist doch bekannt, daß seiner Kandidatur zum Präsidenten des repräsentativsten deutschen Unternehmerverbandes doch schwere Reibungen innerhalb der Mitgliedschaft vorausgegangen sind.

Mit dem neuen Präsidenten übernimmt ein Mann die Führung des Reichsverbandes, der zu den schroffen Vertretern der Schwerindustriellen Denkweise gehört. Das ganze Konzept, das Herr Krupp von Bohlen und Halbach auf der letzten Generalversammlung seines Konzerns zur Gesundung der deutschen Wirtschaft präsentierte, bestand in einer scharfen Attacke gegen die Lohn-, Sozial- und Steuerpolitik in Deutschland. Zur Gesundung seiner eigenen und der ihm befreundeten Schwerindustriellen Betriebe schlug Herr Dr. Krupp auf der gleichen Sitzung vor, Arbeitslose nur bei gleichzeitiger Senkung der Löhne einzustellen. Das Prinzip war hierbei, bei Verstärkung der Belegschaft die Lohnsumme unverändert niedrig zu lassen.

Auch der abgetretene Präsident, Geheimrat Duisberg, gehörte zu den Unternehmern, die alles-Nebel der Wirtschaft von der öffentlichen Verwaltung und der Seite der Löhne herleiteten. Es besteht aber gar kein Zweifel, daß der jetzt vollzogene Personalwechsel im Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie auch einen Wechsel in der Politik dieses Verbandes mit sich bringen wird, der sich in immer schärferer Betonung des Kampfes gegen die Arbeiterbewegung auswirken wird.

## Alexanders Ende.

Es ist aus mit der Weltrevolution in Boizenburg.

Boizenburg, 25. September. (Eigenbericht.)

Die Boizenburger Stadtverordnetenversammlung beschloß mit 8 gegen 7 Stimmen, die Wahl des kommunistischen Bürgermeisters Dr. Alexander für ungültig zu erklären, weil eine Ortsagung nicht rechtzeitig genehmigt sei. Die medienburgische Regierung hatte schon vor einiger Zeit eine Rotterordnung erlassen, nach der der kommunistische Bürgermeister erst am 1. April 1932 sein Amt antreten sollte. Nach dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung wird wahrscheinlich eine Neuwahl erfolgen.

## Eröffnungsvorstellung der Komödie.

Donald Ogden Stewart: „Rückkehr“.

Ein Konversationsstück über Liebe und Ehe mit munterem und lustigem Beginn und beinahe tragischem Ausgang. Wieder bezaubert Kate Dorich ein befallsfreudiges Publikum. Daz.

# Kopf in den Sand!

Zwei Instanzen haben die Eröffnung des Strafverfahrens gegen das Holsteiner Nazibüro wegen der Drohung „im Dritten Reich wird sein Kopf in den Sand rollen“ abgelehnt.



Der Paragraphenfrauß: „Köpfe in den Sand? Da sehe ich keine Drohung. Ich stecke doch selbst den Kopf in den Sand!“

# Rückzug des Völkerbundes.

Japans ungenügende Zugeständnisse.

Genf, 25. September. (Eigenbericht.)

Die mit Spannung erwartete Freitagnachmittagssitzung des Völkerbundesrats begann mit der Erledigung von Finanzberichten. Die Unterstützung des österreichischen Anfechtungsrechts durch das Finanzkomitee erhielt ihre Zustimmung mit besonderen Glückwünschen von Italien, Frankreich, England, Deutschland, Polen und Jugoslawien an den Kanzler Bureau und seine Regierung. Durch die angenommene Entschliessung zur Hilfe für Ungarn wird das Finanzkomitee ermächtigt, die nötigen Maßnahmen zur Prüfung und Besserung der ungarischen Finanzlage zu treffen und einen Bericht darüber vor der nächsten Ratstagung zu veröffentlichen. Sodann erinnerte Ratspräsident Lerrouz an Chinas und Japans Antwort. Der Rat dankte dafür und unterstrich die in der japanischen Antwort enthaltene Besserung der Situation durch Zurückziehung des größten Teils der Truppen in die Eisenbahnzone.

Pohjizawa ließ Japans Antwort auf den Appell des Völkerbundes, den mandchurischen Konflikt beizulegen, ausdrücklich nochmals vorlesen, „in Anbetracht der Wichtigkeit“. Der Rat hörte also nochmals offiziell die Zurückweisung seiner Einmischung und die Aufrechterhaltung der noch bestehenden Befehle, solange es Japans Sicherheit erfordere! Außerdem ließ Lerrouz auch die japanische Darstellung des Konflikts, die bereits verteilt war, noch einmal vorlesen. Danach hätten Chinesen die Bahnlinie angegriffen und eine japanische Station überfallen. Die Lage sei kritisch geworden, weil damals an der ganzen Bahnlinie nur 10.400 japanische Soldaten 220.000 chinesischen gegenüberstanden hätten. Die chinesischen Soldaten der benachbarten Garnisonen seien entwaffnet und die lokalen Behörden unter Aufsicht der japanischen Truppen gestellt worden.

Danach seien die japanischen Truppen zum größten Teil innerhalb der Eisenbahnzone konzentriert worden. Einige Detachements seien in Mukden und Kirin und anderen Orten belassen worden, doch registrierte nirgendwo der Zustand einer militärischen Besetzung. Die Kabinettsitzung vom 19. September habe dem Kommandeur befohlen, jede Zuspitzung des Konflikts zu vermeiden. Auch mit der koreanischen Brigade von 4000 Mann, die nach der Mandchurien gezogen worden sei, entspreche die Zahl der dortigen Truppen noch nicht den Ziffern der Verträge mit China. Darauf protestierte Pohjizawa gegen die Übertreibungen gegen japanische Truppen,

die nach und nach zurückgezogen würden, sobald es die Umstände erlaubten.

Nirgendwo seien Marine- und Lufttruppen geschickt worden. Der Konflikt könne nur durch direkte Verhandlungen gelöst werden. Die Besserung der Lage erlaube eine Beurteilung in größerer Ruhe. Die Truppenzurückziehung ginge sogar über die Wünsche des Rates hinaus. In Mukden und Kirin seien nur noch Beobachtungsposten. Ein chinesischer Minister habe direkte Verhandlungen angeboten, die Japan angenommen habe. Dieser Vorschlag sei später zurückgezogen worden, weil die Ereignisse sich geändert hätten. Nun könnten aber die direkten Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Er habe sich nicht mit den Maßnahmen des Rates zu befassen, deren Methoden könnten nach den Umständen wechseln. Aber vor allem müsse der Wille der Parteien geachtet werden. Im vorliegenden Falle würde der Rat nach seinem ganzen Charakter einen Akt der Klugheit begehen, wenn er eine verfrühte Einmischung vermeide, die vielleicht Gefahr laufe, eine Situation zu verschlimmern, die sich schon auf gutem Wege zur Besserung befinde. Seine Regierung sei bereit, sofort in Verhandlungen zu einer wirklichen Lösung des Zwischenfalles mit der chinesischen Regierung einzutreten. — Demgegenüber wiederholte Sze-China, daß China vertrauensvoll die Entscheidung in die Hände des Rates gelagt und daher Befehle gegeben habe, keinen Widerstand zu leisten. Daher habe jetzt Japan so große Gebiete befehlt. China garantiere die Sicherheit der Japaner, wenn ihre Truppen zurückgezogen würden. Der Rat habe geäußert, daß seine Schritte nur vorläufig seien. Er müsse nun durch sofortige Maßnahmen die Herstellung des status quo herbeiführen. China glaube, das könne garantiert werden durch die Entsendung einer neutralen Kommission. Wenn sich Japan weiter diesen Notwendigkeiten widersetze, so verleihe es seine Verpflichtungen aus Artikel 15 des Völkerbundespaktes. Werde dieser Artikel angewandt, so habe der Rat nach festen Bestimmungen zu handeln.

Er wandte sich dann dem Vorschlag direkter Verhandlungen zu. Die private Unterhaltung zwischen einem chinesischen Minister und dem japanischen Gesandten über Verhandlungen habe am 19. September stattgefunden, als man noch einen lokalen Zwischenfall vermutete. Als sich die chinesische Regierung von dem kriegerischen Einfall überzeugt hätte, habe sie auf die Mitteilung Japans, es

nehme die Entsendung einer chinesisch-japanischen Kommission an, geantwortet, jede Verhandlung sei jetzt völlig ausgeschlossen.

Zur allgemeinen Ueberraschung erklärte plötzlich Lord Cecil, daß der Rat auf Grund des Artikels 11 angerufen worden sei. Er könne daher die Erwähnung des Artikels 15 nicht verstehen, der nur in spezieller Prozedur angewandt werden könne. Der Rat habe nur die Erhaltung des Friedens im gegenwärtigen Zustande der Sache zu verhandeln. Nur dann könne die Regelung erfolgen. Diese Regelung des Zwischenfalles aber sei Sache der Parteien und er müsse sich darin völlig der Anschauung des japanischen Vertreters anschließen, es sei denn, daß andere Verpflichtungen der Schiedsgerichtsbarkeit in Betracht kämen.

Daher hätte der Rat die ersten Schritte getan. Noch vor ihnen seien die japanischen Truppen teilweise zurückgezogen worden und befänden sich jetzt dauernd im Zustand weiterer Zurücknahme. Das sei auch von Chinas Vertreter nicht bestritten worden. Der Rat wünsche die baldige völlige Zurückziehung der Truppen zur Erhaltung des Friedens von beiden Seiten. Habe der Rat Zweifel an dieser Tatsache, so müsse er weiter sehen, welche Schritte er unternehmen wolle. Aber bis hierhin habe der Rat seine Aufgabe der Erhaltung des Friedens voll und ganz erfüllt.

Ratspräsident Lerrouz verlas abschließend eine Erklärung, wonach die Zurückziehung der Truppen begrüßt wird. In Japan wird der Appell gerichtet, sobald wie möglich alle Truppen zurückzuziehen, an China, die Sicherheit der Japaner zu garantieren. Der Rat wünsche laudend unterrichtet zu sein über die Maßnahmen beider Parteien und vertage die Aussprache über die Frage bis zu neuen Mitteilungen.

Dieser Ausgang ist unbefriedigend und enttäuschend. Die Haltung Japans hätte eine schärfere Zurückweisung verdient. Der Vertreter Chinas war durchaus im Recht, als er dieses Zurückweichen des Völkerbundesrats beklagte. Die öffentliche Meinung der Welt wird die juristische Unterscheidung des Lord Cecil zwischen einer Anrufung auf Grund des Artikels 11 und auf Grund des Artikels 15 nicht begreifen, sondern nur die Tatsache sehen, daß es dem Rat weder gelungen ist, ein bindendes Räumungsverprechen Japans zu erhalten, noch die japanische Regierung zu bewegen, eine neutrale Untersuchungskommission an Ort und Stelle zu entsenden. Ueberdies ist die juristische Argumentation Cecils höchst anfechtbar. Die Bereitwilligkeit Japans, direkt mit China zu verhandeln, wird durch die Tatsache entwertet, daß solche Verhandlungen unter dem Druck einer militärischen Aktion erfolgen sollen.

Es wäre gemiß übertrieben, von einem völligen Versagen des Völkerbundes in diesem Falle zu sprechen. Zweifellos hat das Eingreifen des Rates Japan zu gewissen, wenn auch ungenügenden Zugeständnissen veranlaßt. Die Gefahr einer kriegerischen Explosion ist jetzt zwar nicht gänzlich gebannt, aber doch stark verringert. Wenn es keinen Rückgang gäbe, dann stünde der Ferne Osten wahrscheinlich heute schon in hellen Flammen. Dennoch wird man den Eindruck nicht los, daß der Völkerbund sich als noch zu schwach erwiesen hat, um einer Großmacht seinen Willen aufzuzwingen.

## Krisenhaftes im Völkerbundesrat.

Genf, 25. September. (Eigenbericht.)

Im Namen der nichtständigen Ratsmitglieder sprach der norwegische Außenminister Braadland dem Generalsekretär energische Bedenken über die Behandlung des mandchurischen Konfliktes durch eine Geheimkommission der vier ständigen Ratsmächte und dem Präsidenten aus. Die nichtständigen Ratsmitglieder befürchteten, daß damit ein Präzedenzfall geschaffen werde, daß gerade die wichtigsten Fragen der Erhaltung des Friedens ausschließlich durch ein Komitee der Großmächte behandelt werden. Er machte ferner geltend, daß der gesamte Rat nach den Bestimmungen des Paktes die Verhandlungen zur Friedenssicherung zu führen habe. Der Generalsekretär bestritt die Möglichkeit eines Präzedenzfalls, da es sich bei der Berufung der vier Großmächte nur um eine vorübergehende Erleichterung für den Ratspräsidenten zwischen den Sitzungen des Rates durch ein Studienkomitee handle.

# Lohnerhöhung in Sowjetrußland?

## In Wirklichkeit durch Prämien gesteigerter Abbau.

In Sowjetrußland, das muß man den derzeitigen Machthabern lassen, versteht man sich auf Reklame. Die Potemkinschen Dörfer sind eben mehr als eine historische Episode.

Vor einigen Tagen veröffentlichten die bürgerlichen Blätter, die das Privileg haben, eigene Korrespondenten nach Rußland zu schicken, daß auf Grund eines Beschlusses des Obersten Volkswirtschaftsrats der Sowjetunion die Löhne im Kohlenbergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie verdoppelt worden seien und täglich 13 Rubel betragen würden.

Wir waren skeptisch. Ausgerechnet im Kohlenbergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie, wo die Arbeitsleistung nach den Mitteilungen desselben Obersten Volkswirtschaftsrates ständig zurückgegangen und, nach dem Sollstand des Fünfjahresplans, am niedrigsten von allen Industrien ist? Ausgerechnet hier eine Erhöhung, ja, eine Verdoppelung der Löhne?

In Wirklichkeit sind die bürgerlichen Berichterstatter, die in Lohn- und Arbeitsfragen meist von einer entworfenen Ahnungslosigkeit sind,

einem würdigen Nachfolger Potemkins gründlich aufgelesen.

Dafür zeugt folgende Meldung des Ost-Express aus Moskau:

„Das Organ des Obersten Volkswirtschaftsrats der Sowjetunion, „Sa Industrialisazija“, beleuchtet in einem Leitartikel die Bedeutung der soeben im Kohlenbergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie erfolgten Lohnerhöhungen. Das Blatt weist darauf hin, daß diese beiden wichtigsten Zweige der Sowjetindustrie mehrere Monate hintereinander die Voranschläge systematisch nicht durchführen. Dies erkläre sich durch eine „chaotische Organisation der Arbeit, die schlechte technische Leitung und das zur Routine gewordene Lohnsystem“.

Das Lohnniveau im Kohlenbergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie sei niedriger als dasjenige in weniger wichtigen Industriezweigen.

Im ersten Halbjahr 1932 lagen die Durchschnittslöhne im Kohlenbergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie beispielsweise unter denjenigen in der Gummiindustrie und in der Lederindustrie, die Lohngleichmacher (d. h. die Lohnrückerer) habe dazu geführt, daß weder die Qualifikation der Arbeiter noch die Schwere der Arbeit bei der Lohnfestsetzung berücksichtigt wurden. Diese „Linksabirrung“ habe sich in den Eisen- und Stahlwerken und in den Kohlenfeldern bereits seit Jahren eingeknistert. Das neue Lohnsystem beruhe auf dem Grundsatz der

größtmöglichen Stimulierung der quantitativen und qualitativen Arbeitsleistung.

Wenn bisher ein Arbeiter der achten Kategorie (höchste Lohnstufe) in den Eisen- und Stahlwerken 6,50 bis 7,25 Rubel täglich verdiente, so wird er jetzt bei einer 100prozentigen Durchführung des Voranschlags 13 Rubel täglich erhalten. Die Erhöhung der Löhne sei kein „mechanischer Zuschlag“, sondern ein mächtiger Hebel zur Durchführung und Uberschreitung der Produktionsvoranschläge.

Dies finde seinen Ausdruck darin, daß die Löhne sich besonders hoch bei einer Durchführung und Uberschreitung der Voranschläge stellen. Das Prämienystem für besonders hohe qualifizierte Leistungen müsse die breiteste Anwendung finden. Endgültig gebrochen werde mit dem unfirmigen System, bei dem der Arbeiter einen garantierten Lohn bei Feierlichkeiten erhalte, der in einigen Fällen sogar höher als der eigentliche Arbeitslohn sei. Große Bedeutung hätten auch die Gehaltsaufhebungen beim ingenieurtechnischen Personal. Die Ingenieure und Techniker würden von jetzt ab Prämien nicht nur an Festtagen und Jubiläen, sondern regelmäßig von Monat zu Monat entsprechend ihren Leistungen erhalten. Dieses materielle Interesse des ingenieurtechnischen Personals an der Durchführung des Produktionsvoranschlags sei von größter Bedeutung.

Also nach dem Organ des Obersten Volkswirtschaftsrates sind die Löhne in der Eisen- und Stahlindustrie und im Kohlenbergbau niedriger als in anderen Industrien, wo die Arbeit eine weniger schwere ist. Die „Lohnerhöhung“ ist in Wirklichkeit „kein mechanischer Zuschlag“, also nicht eine Erhöhung der Akkordhöhe oder der Stundenlöhne. Nur wenn die Arbeit qualitativ und quantitativ das Soll erreicht und überschreitet, nur dann soll der angebliche Normallohn von 13 Rubel bei den höchstqualifizierten Arbeitern erreicht werden. Also, um es ganz nüchtern zu sagen:

Verdoppelung des Lohnes bei verdreifachter Leistung.

Gleichzeitig wird das bei der Reichsbahn beliebte, beim Personal aber als Korruptionssystem berüchtigte System der Prämien für das leitende Personal eingeführt. Je höher die Leistung der Arbeiter, desto höher ist der Lohn der leitenden Angestellten. Anders ausgedrückt: die leitende Angestellte wird gegen klingende Münze zum Antreiber gemacht.

Dieses System ist nicht neu. Es ist der Rumpellammer des kapitalistischen Systems entnommen, auf das mit Vorliebe die Schatzmacher aller Nationen zurückgreifen. Neu ist nur, daß dieses System, dank der bürgerlichen Presse, von Moskau aus als der Triumph des bolschewistischen Fortschritts angepriesen wird.

verordnung vom 5. Juni waren nur solche Betriebe berechtigt, deren Aktienkapital sich zu mindestens 50 Proz. im Besitz der öffentlichen Hand befindet. An dem Aktienkapital der Bewag ist die öffentliche Hand jetzt aber nur noch zu 33 1/2 Proz. beteiligt.

Die Bewag fand aber einen Weg, um die Notverordnung vom 5. Juni für ihre Angestellten mittelbar anzuwenden. Sie stützte sich dabei auf die Einleitungsbestimmung des Tarifvertrages, in der es heißt, daß sich die Gehälter der Bewag-Angestellten entsprechend den Gehältern der Beamten der Stadt Berlin zusammensetzen und Änderungen in den Besoldungsverhältnissen der Beamten ohne weiteres auf die Angestellten der Bewag übertragen werden können. Auf Verlangen des Reiches erhob die Bewag die für die nichtöffentlichen Arbeiter vorgeschriebene Krisensteuer von ihrer Angestellten, kürzte aber außerdem noch die Gehälter auf Grund der Prämien des Tarifvertrages.

Waren die Bewagangestellten schon über diese ihrer Auffassung nach ungerechtfertigte doppelte Belastung ungeheuer empört, so sind sie es jetzt um so mehr, als einem erheblichen Teil von ihnen durch die Beanstandung der Berliner Beamtenbesoldung neue Gehaltsabzüge drohen. Genosse Zeig vom ZdA, der gestern in einer überfüllten Volksversammlung der Bewagangestellten in den Germaniafasen diese Maßnahmen der Bewag kritisch besudelte, stellte der Versammlung anheim, eine der freigewerkschaftlichen Vertragsorganisationen zu beauftragen, eine Feststellungsfrage anzustrengen, ob die Bewag zu dem am 1. Juli gemachten Abzügen, sowie zu den neuen Abzügen am 1. Oktober auf Grund der Besoldungsbeanstandung berechtigt ist. Ein dementsprechender Antrag aus der Mitte der Versammlung wurde gegen 3 Stimmen angenommen.

## Lohn- und Rechtsabbau bei Beamten.

### Die Gegenaktion der freien Gewerkschaften.

Eine Konferenz der freien Gewerkschaften der Kommunalbeamten Berlins (Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten, Gesamterverband, Autab, Deutscher Wertmeisterverband) nahm am Donnerstagvormittag zu der neuen Notverordnung und ihren Auswirkungen auf die Berliner Beamten und Angestellten Stellung. Es wurde beschlossen, an die sozialdemokratische Stadtparlamentarierfraktion heranzutreten, damit diese sich im Stadtparlament gegen eine erneute Nachprüfung und Verschlechterung der Berliner Besoldungsordnung wende. (Der von der sozialdemokratischen Stadtparlamentarierfraktion eingebrachte und mit Mehrheit angenommene Dringlichkeitsantrag ist von uns in der Freitagmorgenausgabe veröffentlicht worden. Gleichzeitig soll versucht werden, im selben Sinne auf den Oberbürgermeister und den preussischen Innenminister einzuwirken.)

Ueber die erbitterte Stimmung und die fortschreitende Radikalisierung der Beamten und Angestellten gab eine am selben Tag statt besuchte Funktionärerversammlung der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten Aufschluß. Die Funktionäre aus den Verwaltungen und Betrieben wandten sich mit großer Schärfe gegen die neuen Gehaltskürzungen und die durch die preussische Sparverordnung eingeleitete Zertrümmerung der Rechtslagen des Berufsbeamtentums. Von den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen wurden verschärfte Kampfmaßnahmen gefordert, nachdem die bisherigen Proteste und Verhandlungen mit den Behörden ohne Wirkung geblieben sind.

## Um die Löhne der Wachangestellten.

### Sichern Glendslöhne den Besch?

Der Tarifvertrag für die Wachangestellten Groß-Berlins vom Jahre 1929 ist allgemeinerbindlich seit Januar 1930. Eine Lohnerhöhung, obwohl sie besonders für Separatwächter notwendig gewesen wäre, ist inzwischen nicht verlangt worden. Die Monatslöhne der Separatwächter betragen 180 Mark. Die Abzüge betragen 35 bis 40 Mark einschließlich Fahrgehd. Diese Löhne sollen jetzt zu hoch sein.

Die Wachzentrale des Westens, Wachgesellschaft für Berlin und Nachbarorte und einige andere Gesellschaften haben zum zweitenmal die Aufhebung der Allgemeinverbindlichkeit beantragt. Die treibende Kraft ist der Geschäftsführer der Wachgesellschaft für Berlin und Nachbarorte, Rechtsanwalt Hanel. Dieser Herr war stets schon ein Gegner des Tarifvertrages, den er umgangen hat wo er nur konnte, so daß er öfter zum Arbeitsgericht kommen mußte. Herr Hanel sucht sein Ziel beim Reichsarbeitsministerium, dem Tarifvertrag ein Ende zu bereiten, durch die Argumentation zu erreichen, wenn schlechtere Löhne gezahlt werden können und die Arbeitszeit nicht tariflich festgelegt ist, könnten mehr Wächter beschäftigt werden. Das ist unzutreffend. Selbst alte Geschäfte müssen vielfach ihre Pforten schließen, und Herr Hanel, der sich besonders auf Baubewachungen einstellt, weiß, daß diese jetzt mehr und mehr überflüssig werden. Aber den Herrn plagen „die hohen Wächterlöhne“, der Urlaub und die drei freien Tage. Sie schmälern seinen Profit. Bei verkürzten Löhnen würde nicht ein einziger Wächter mehr eingestellt. Im Gegenteil, die Herren würden obendrein noch die Arbeitszeit verlängern, um noch mehr Wächter abzubauen.

Schlecht bezahlte Wächter sind für die Bewachung wertlos, unter Umständen sogar gefährlich. Die Abonnenten müssen immerhin eine gewisse Gewähr haben, gegen Diebstahl geschützt zu sein, die elend bezahlte Wächter mit überlanger Arbeitszeit nicht bieten können.

Das Reichsarbeitsministerium wird hoffentlich den Antrag der kleinen Gesellschaften glatt ablehnen.

## Bereinbarung für Straßenbahner.

In dem Lohnstreit der rheinisch-westfälischen Straßenbahnen wurde am Donnerstag zwischen den Parteien eine Vereinbarung getroffen, wonach die Löhne ab 1. Oktober um 4 Proz. gesenkt werden; das Hausstandsgeld wird weitergezahlt. Die Unternehmer hatten 10 Proz. Lohnabzug und den Fortfall des Hausstandsgeldes verlangt. Die Vereinbarung läuft bis zum 1. März 1932.

## Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Samstag: Wahlbestimmungen: Sitzung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 26. — Gruppe Schwefel: Sitzung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 42. — Morgen Sonntag: Fahnenfeier, Funktionäre. — 8 1/2 Uhr Treffen im Clou, Rowerstr. 42. Zutritt nur mit Teilnehmerkarte. — Jugendausstellung der Volkshäuser am Sonntag, 11. Oktober. Karten zum Preise von 30 Pf. in der Jugendzentrale erhältlich.

## Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Abt. 1: Morgen, Sonntag, beteiligen sich alle Jugendmitglieder am Herbsttreffen in Josten.

Verantwortlich: Hr. Vorsitz: Viktor Schiff; Schriftf. G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: S. Steiner; Reichsleiter: Dr. John Schilowski; Initiatoren und Kontakts: Fritz Karchhüt; Anzeiger: E. Glöck; sämtlich in Berlin. Berlin: Nordwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Nordwärts-Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt Paul Simon u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, 2. Stock, 2. Etage.

# Statistik als Lohndruckmittel.

## Das Statistische Reichsamt hilft dabei.

Uns wird geschrieben:

Vor längerer Zeit ging das Statistische Reichsamt daran, der Tariflohnstatistik eine breitere Grundlage zu geben. Alles schien in bester Ordnung. Da plötzlich erhoben die Textilfabrikanten Einspruch gegen die Einreihung der Textilarbeiter (Spinner und Weber bzw. Wirker und Stricker) unter die Rubrik der Facharbeiter. Nach Meinung der Syndizi sind die Textilarbeiter nicht Facharbeiter, sondern nur angelernte Arbeiter. In einer Besprechung, die im Statistischen Reichsamt unter Zuziehung von Vertretern der Unternehmer und Arbeiter stattfand, konnte eine Einigung darüber nicht erzielt werden.

Nun hat das Statistische Reichsamt die Tariflohnstatistik auf der neuen, breiteren Grundlage zum ersten Male veröffentlicht („Wirtschaft und Statistik“, 1. Septemberheft 1931). Dabei hat der Einspruch der Textilfabrikanten so gewirkt, daß die Statistik ein abschreckendes Beispiel dafür geworden ist, wie eine Statistik nicht sein soll. Man hat nämlich „der besonderen Schwierigkeiten“ wegen die Frage offen gelassen, ob die Spinner und Weber unter Facharbeiter oder angelernte Arbeiter einzureihen sind. So bietet denn die Statistik dem Betrachter die Kuriosität, daß die Textilarbeiter

mit gleichen Lohnfähigkeiten sowohl unter „Facharbeiter“, als auch unter „angelernte Arbeiter“

erscheinen. Bei der Durchschnittsberechnung hat man dann nach dem Rezept „Man nehme...“ die Textilarbeiter zu je 50 Proz. unter „Facharbeiter“ und „angelernte Arbeiter“ berücksichtigt.

Man wäre versucht, über diese Art „Statistik“ sich lustig zu machen, wenn nicht ein bitterer Ernst dahinter stehe. Das Ziel der Unternehmer ist klar. Sie wollen dadurch, daß sie die Textilarbeiter nur als angelernte Arbeiter gelten lassen wollen, verhindern, daß die niederen Löhne der Textilfacharbeiter in der amtlichen Statistik mit den bedeutend höheren Löhnen der Facharbeiter anderer Industrien verglichen werden. Sie wollen die Gleichstellung der Textilfacharbeiter mit den angelernten Arbeitern der anderen Industrie, um so die niederen Lohnfähige der Textilarbeiter zu verschleiern.

Es wirkt auf das Statistische Reichsamt kein gutes Licht, daß es die Einwände der Arbeiter, unter deren Mithilfe in vielen Vorbesprechungen (in denen die strittigen Gruppen ganz selbstverständlich als Facharbeiter galten!) die Grundlage für die neue Statistik überhaupt erst geschaffen wurde, außer Betracht ließ. Dagegen brauchten die Unternehmer nur zu fordern, um beim Statistischen Reichsamt weitestens Entgegenkommen zu finden. Die Vermutung liegt nahe, daß eine gewisse

Täuschungsmachung der amtlichen Statistik

ganz im Sinne der Syndizi lag. Dann allerdings haben die Herren vom Statistischen Reichsamt sich selbst einen Bärenienst erwiesen.

Sehr oft schon haben die Unternehmer und ihre Syndizi in Gesprächen zugegeben, daß heute die Textilarbeiter geradezu Künstler ihres Faches sein müssen. Kein Fabrikant, der wirklich Einblick in das Getriebe der Textilindustrie hat, wird behaupten können, daß ein Arbeiter, der berufsfremd in die Textilindustrie kommt, nach sechs, acht, zehn oder zwölf Wochen (wie es die Syndizi behaupten) in der Lage ist, sechs oder acht gewöhnliche Webstühle oder bis zu vierzig Automatenwebstühle zu bedienen, oder ein Stück hochwertiges Herresstoffes zu weben. Wir empfehlen den Herren Syndizi, es einmal selbst zu versuchen!

Es ist eine bekannte Tatsache, daß gerade aus der Textilindustrie in Zeiten guter Konjunktur immer Notrufe kommen über Mangel an Facharbeitern.

Wo bleibt da die Logik? Wenn es sich nämlich bei den Textilarbeitern wirklich nur um angelernte Arbeiter handelt, dann

müßte es der Industrie doch ein Leichtes sein, den Facharbeitermangel durch Anlernen von ungelerten Arbeitern in kurzer Zeit zu beheben. Wozu dann das dauernde Klagen? Wozu dann auch der Aufwand für die Lehrwerkstätten, die in größeren Betrieben eingerichtet wurden? Das alles zeigt doch recht deutlich, daß für die Fabrikanten bei ihren Forderungen lohnpolitische Momente ausschlaggebend waren.

Um so mehr muß das Nachgeben des Statistischen Reichsamts Entrüstung hervorrufen. Die Textilarbeiterschaft verlangt, daß entsprechend der Wertigkeit ihrer Arbeit die strittigen Gruppen als Facharbeiter auch in der amtlichen Statistik anerkannt werden! Sie verlangen weiter, daß die amtliche Statistik nicht zu einem Hilfsmittel der lohnpolitischen Maßnahmen der Textilfabrikanten herabgewürdigt wird!

## Fünftagewoche und Reichsregierung.

### Man wartet noch ab.

Das Volksbüro teilt mit: Der Reichsrat hat in seiner Sitzung am Donnerstag die Durchführungsbestimmungen zur Einschränkung der Arbeitszeit angenommen, die von der Reichsregierung auf Grund der ihr durch die Notverordnung vom 5. Juni verliehenen Ermächtigung zur Arbeitszeitverkürzung zu erlassen sind. Er handelt sich dabei um allgemeine Bestimmungen zur Durchführung dieser Ermächtigung, die maßgebend sind für die nun zu erlassenden Einzelverordnungen über Arbeitszeitverkürzung in bestimmten Gewerbebranchen oder Gruppen von Arbeitnehmern. Die Durchführungsbestimmungen behandeln die in der Notverordnung vorgesehenen Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung, nämlich die Verkürzung der regelmäßigen Arbeitszeit unter 48 Stunden wöchentlich und die Genehmigungspflicht für die in Tarifverträgen zugelassene Mehrarbeit über 48 Stunden. Sie regeln besonders die Einwirkung von Einzelverordnungen der Reichsregierung auf die bei ihrem Erlaß schon bestehenden Tarifverträge und geben dem Arbeitgeber das Recht, den Lohn entsprechend der Arbeitszeitverkürzung herabzusetzen. Ferner wird das Verfahren bei der Genehmigung tarifvertraglicher Mehrarbeit und die Zuständigkeit der Behörden geordnet. Zur Zeit schweben mit einer Anzahl von Gewerbebranchen Verhandlungen über eine freiwillige Arbeitszeitverkürzung. Es ist zu hoffen, daß sie durch die Durchführungsbestimmungen gefördert werden. Je nach dem Ergebnis wird, soweit erforderlich, mit Einzelverordnungen für diese Gewerbebranchen vorgegangen werden.

## Ist die Bewag ein öffentlicher Betrieb?

### Eine Feststellungsfrage der Angestellten.

Die Beanstandung der Berliner Beamtenbesoldung hat auch eine ungeheure Empörung hervorgerufen unter den Angestellten der Bewag, die früher ein rein öffentliches Unternehmen war und seit dem 1. Mai eine vorwiegend privatkapitalistische Aktiengesellschaft ist.

Zu der Kürzung der Gehälter am 1. Februar d. J. entsprechend der Notverordnung vom Dezember d. J. um 6 Proz. war die damals noch rein öffentliche Bewag zweifellos berechtigt. Anders lag jedoch die Situation am 1. Juli, als auf Grund der Notverordnung vom 5. Juni ein neuer Abbau der Gehälter der öffentlichen Beamten und Angestellten um 4 bis 7 Proz. erfolgte und die nichtöffentlichen Arbeitnehmer mit der Krisensteuer belastet wurden. Zu dem Abbau der Gehälter, entsprechend der Not-



# Die Ueberwindung des Krieges.

## Deutsch-französische Interessengemeinschaft als Vorbedingung.

„Solange nicht die Beziehungen zwischen Deutschland und den anderen europäischen Mächten auf der Grundlage freundschaftlichen Zusammenarbeitens und gegenseitigen Vertrauens beruhend und dadurch eine wesentliche Ursache innerpolitischer Schwierigkeiten für Deutschland beseitigt wird, ist keine Gewähr für einen dauernden und friedlichen wirtschaftlichen Fortschritt gegeben.“

(Aus dem Bericht der Baseler Finanzsachverständigen, Mitte August 1931.)

Deutschland als die vorhergegangenen Jahre haben die zwölf Monate, die seit der letzten Reichstagswahl verstrichen sind, der Deffenlichkeit der Welt gezeigt, daß das deutsch-französische Verhältnis das zentrale Problem ist, von dessen Lösung der Abschluß der wirtschaftlichen und politischen Frieden der Welt abhängt. Der Gegensatz beider Völker hat die Perioden Ludwigs XIV. und Napoleons, des zweiten französischen Kaiserreichs und des Krieges 1870/71, den Weltkrieg und auch den Ruhrkrieg überdauert. Das Problem ist im Laufe der Jahre immer dringlicher geworden. Es geht heute nicht nur die beiden Völker allein an, sondern erschüttert angesichts der gesteigerten internationalen Beziehungen heute den ganzen Erdball. Eine annehmbare

### Lösung des Kriegeschulden- und Reparationsproblems.

eine umfassende internationale Aktion zur Ueberwindung der Krise, ein sichtbarer Erfolg in der Abrüstungsfrage ist unmöglich ohne Vereinigung des politischen und wirtschaftlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich.

Heute ist die ganze Welt an einer Lösung dieses zentralen Problems interessiert. Das privatkapitalistische Interesse hat es verstanden, seit Jahren gewisse Gemeinschaftsorganisationen zwischen deutschen und französischen Industriegruppen zu schaffen, ohne daß aber damit eine allgemeine wirtschaftliche Interessengemeinschaft zwischen den beiden Völkern zustande kam, die geeignet gewesen wäre, das Feld der politischen Gegensätze zu bereinigen.

Seit 1925 kamen schon einige bedeutsame deutsch-französische Interessengemeinschaftsverträge zustande. So schloß sich die Railindustrie beider Länder

zu einem internationalen Syndikat mit der Macht eines Weltmonopols

zusammen. Die Leertarbenindustrie Deutschlands und Frankreichs unterzeichneten gleichfalls einen weitgehenden Interessengemeinschaftsvertrag. Die internationale Rohstoffgemeinschaft, die in ihrem Kern eine deutsch-französische Zusammenarbeit darstellt, kam 1925/26 zustande und hat bisher alle Krisenstürme überdauert, was für die Bedeutung, die beide Partner diesem Kartell beimessen, äußerst bezeichnend ist. Auch bei einer Reihe weiterer internationaler Kartelle — Schienen, Stickstoff, Aluminium und Glühampen — kam ein enges deutsch-französisches Einverständnis auf wichtigen wirtschaftlichen Spezialgebieten zum Ausdruck. Von besonderer Bedeutung war

### der deutsch-französische Handelsvertrag.

der nach langen Schwierigkeiten im August 1927 zustande kam. Dieser Vertrag hat für den deutsch-französischen Warenhandel in den letzten Jahren einen großen Aufschwung mit sich gebracht, woraus die Exportindustrie auf beiden Seiten bedeutenden Nutzen ziehen konnte.

Die Vorschläge, die der französische Ministerpräsident Laval dem Reichskanzler Dr. Brüning machte und noch nahelegen wird, sind zwar im einzelnen noch nicht bekannt, werden sich aber in der Linie eines Ausbaus dieser Zusammenarbeit bewegen. Neben den großen syndikatsmäßigen Zusammenfassungen wichtiger Industriegruppen kann auf zahlreiche Transaktionen kleineren Formats verwiesen werden, auf den Abschluß vieler Lizenz- und Patentverträge, auf die gemeinsame Gründung von Industrie-, Handels-, und Bankgesellschaften. Man kann aus all diesen Beziehungen, wo zwischen beiden Völkern in voller Gleichberechtigung, ohne Anwendung von irgendwelchen Gewaltmitteln,

ohne einseitige Ausnutzung politischer oder wirtschaftlicher Vorteile, gegenseitige Bindungen eingegangen sind, folgern, daß beide Teile sichtbaren Nutzen daraus gezogen haben.

Diese Erscheinungen bezeugen, daß es keine Illusion ist, wenn man eine enge wirtschaftliche Verflechtung Deutschlands und Frankreichs für möglich hält und eine solche Entwicklung als Grundlage für eine weitergehende Verständigung auch auf politischem Gebiet betrachtet.

Eine deutsch-französische Zollunion ist freilich ein Ziel auf lange Sicht, nicht nur weil man in Frankreich allgemein bei einer restlosen Befestigung der deutsch-französischen Zollgrenze die Ueberlegenheit der deutschen Industrie fürchtet, sondern auch, weil gerade im Zusammenhang mit der Krisenverschärfung in Frankreich wie in allen Ländern

ein verstärkter Protektionismus in Form von Einfuhrverboten, Einfuhrbeschränkungen und Zollerhöhungen

zu beobachten ist. Aber ein teilweiser Abbau der beiderseitigen Zollschranken ist ebenso möglich wie eine syndikatsmäßige Zusammenfassung einer Reihe deutscher und französischer Industriegruppen: Die Franzosen denken hierbei hauptsächlich an die Textilindustrie, die Glasindustrie und den Steinkohlenbergbau.

Die gemeinsame Verwertung französischer Erze und deutscher Kohle ist in beiden Ländern ein alter Disputationsgegenstand. Ein Energieaustausch zwischen beiden Staaten, begonnen mit einer gemeinsamen Ausnutzung der Wasserkräfte des Rheins

### unter Schaffung gemeinsamer Großkraftlinien.

kann die rationelle Stromversorgung des europäischen Kontinents sehr fördern. Eine stärkere Heranziehung der deutschen Industrie zur Entwicklung der reichen französischen Kolonien würde für beide Teile wirtschaftlichen Gewinn auf lange Sicht bringen.

Ist Deutschland noch immer der bei weitem wichtigste Industriefaktor des europäischen Kontinents, so hat sich Frankreich wieder zu einer Finanzmacht ersten Ranges entwickelt und ist in der Lage, Kapitalien von gewaltigem Umfang außerhalb seiner Grenzen anzulegen.

Von französischer Seite wurde im vergangenen Jahr die Fähigkeit Frankreichs, Kapital zu exportieren, auf etwa 1 1/2 bis 2 Milliarden Mark jährlich geschätzt.

Nur ein geringer Teil dieser Riesensumme ist tatsächlich nutzbringend verwertet worden. Der weitaus größte Teil wurde, nutzlos für Frankreich und für die übrige Welt zum Schaden, in

Form von Gold in der Bank von Frankreich aufgestapelt und gehortet. Sofern Kapitalien in größerem Umfang exportiert wurden, geschah es im Rahmen einer engherzigen Machtpolitik; durch Vergabung großer Staatsanleihen soll die politische Vorherrschaft Frankreichs über eine Reihe osteuropäischer Länder erweitert und aufrechterhalten werden.

Man wird die französischen Kapitalien nicht nach Deutschland bringen können, solange

### die politische und wirtschaftliche Unsicherheit in Deutschland

anhält. Schließlich kann der französische Ministerpräsident den Kapitalgebern seines Landes nicht raten, Kapitalanlagen zu machen, deren Risiko niemand übernehmen will. Aber selbst, wenn die Dinge anders liegen würden und die französischen Kapitalgeber Deutschland als Anlagemarkt betrachteten, so wäre ein wahlloses Einbringen französischen Kapitals nicht ohne weiteres erwünscht; auch hier müßte sich die Entwicklung im Rahmen einer von beiden Seiten gewünschten planmäßigen Zusammenarbeit vollziehen.

Es fehlt also keineswegs an gemeinsamen Arbeitsmöglichkeiten. Die Zeit, den Weg für große Pläne zu öffnen, ist dringlich, denn es handelt sich heute für beide Länder und darüber hinaus für den ganzen Erdteil nicht mehr um die Frage, ob ein solches Zusammenwirken zweckmäßig ist, sondern darum, daß die Existenz Europas bedroht ist, wenn eine solche Zusammenarbeit nicht zustande kommt.

## Der deutsch-französische Handel

### Anhaltender Aufschwung seit vier Jahren.

Die enge Verbundenheit und glückliche Ergänzung der deutschen und französischen Volkswirtschaft zeigt sich am deutlichsten in der Entwicklung des Handelsverkehrs dieser beiden Nachbarländer. Seit dem Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrages vom August 1927, der als einer der besten Aktiiposten in der europäischen Handelspolitik der Nachkriegszeit gelten kann, hat der Warenaustausch zwischen Deutschland und Frankreich eine anhaltende kräftige Steigerung erfahren.

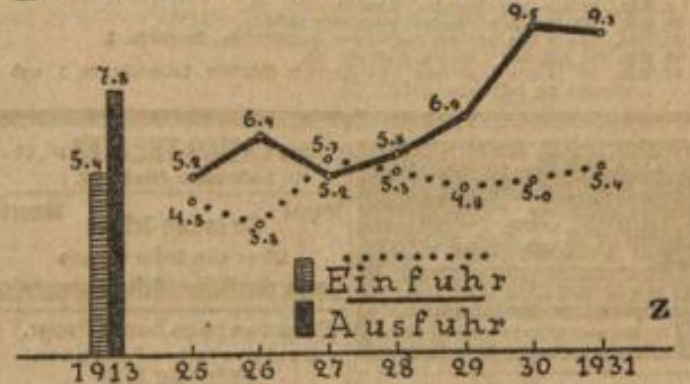
Wie die Tabelle zeigt, nahm Frankreich im Jahre 1927 erst 5,7 Proz. der Gesamtausfuhr Deutschlands auf, erhöhte diesen Satz im folgenden Jahr auf 5,8 Proz., im nächstfolgenden Jahr auf 6,9 Proz., um 1930 den Höchststand von 9,5 Proz. zu erreichen. Da Frankreich von der Weltwirtschaftskrise noch verhältnismäßig am wenigsten betroffen wurde, hielt sich bis zum August 1931 der französische Anteil an der Ausfuhr des deutschen Gesamtexportes auf 9,3 Proz. Andererseits prägt sich die Beliebtheit, die bestimmte französische Erzeugnisse auf dem deutschen Inlandsmarkt genießen, darin aus, daß Frankreichs Anteil an der deutschen

1930 erreichte nach der französischen Statistik die Aktivität der deutschen Handelsbilanz im deutsch-französischen Warenverkehr sogar 3700 Millionen Mark. Diese französische Statistik erfordert allerdings eine gewisse Klarstellung, da in ihr keine Trennung der freien deutschen Exporte und der Sachlieferungen auf Reparationskonto vorgenommen ist. Die Sachlieferungen im Rahmen der Reparationszahlungen lassen sich aber natürlich nicht als reinen Aktiiposten der deutschen Handelsbilanz bewerten. Die deutsche Statistik errechnet folgende Entwicklung des deutsch-französischen Außenhandels:

Jahr	Deutscher Kaufuhr- bzw. Einfuhrüberschuß ohne Sachlieferungen	Deutscher Kaufuhr- bzw. Einfuhrüberschuß mit Sachlieferungen
1928	- 550 Mill. Mark	- 153 Mill. Mark
1929	- 255	+ 232
1930	+ 165	+ 635

Nimmt man also die Sachlieferungen heraus, so zeigt sich, daß Frankreich von der verstärkten Intensität des deutsch-französischen Handels gleichfalls in großem Umfange profitiert hat. Es ist dringlich zu hoffen, daß die jetzt auch in Frankreich steigende Welle des Hochkonjunktur und der Einfuhrbeschränkung keine Trübung der Handelsbeziehungen beider Länder mit sich bringt. Im Gegenteil liegen bei dem gegenseitig vorhandenen volkswirtschaftlichen Interesse am Güterausgleich beider Länder noch große Möglichkeiten für einen weiteren Ausbau dieser Beziehungen vor. Diese Möglichkeiten auszunutzen und hierfür den Weg zu ebnen ist eine Aufgabe, deren Lösung im Rahmen der deutsch-französischen Ministerbesprechungen dieser Lage liegt.

## Frankreichs % Anteil an der Ein- u. Ausfuhr Deutschlands



Einfuhr, der 1929 erst 4,8 Proz. betrug, im darauffolgenden Jahr auf rund 5 Proz. sich erhöhte und bis zum August d. J. 5,4 Proz. erreichte. Dies bedeutet mit anderen Worten, daß der französische Import nach Deutschland von der starken Einfuhrdrückung infolge des anhaltenden Rückganges der innerdeutschen Kaufkraft weit weniger betroffen wurde als andere Einfuhrländer, da es auf dem Höhepunkt der deutschen Krise vom Januar bis August 1931 seinen Anteil an der deutschen Gesamteinfuhr um fast 10 Proz. steigern konnte.

Nach der französischen Statistik war die französische Handelsbilanz mit Deutschland 1928 im ersten vollen Jahre nach dem Vertragsabschluß mit 722 Millionen Franken (1 Franken = 16 Pfennig) für Deutschland passiv (Wehreinfuhr), 1929 aber bereits mit 1800 Millionen Franken für Deutschland aktiv (Wehrausfuhr), und

## Bankbilanzen für August.

### Berringere Abzüge. — Umlagerung der Guthaben.

Im August, nach Wiedereröffnung der Bankhalter, sind die Abziehungen bei den sechs Berliner Großbanken erheblich geringer gewesen als in den beiden Vormonaten. Der Einlagenbestand ist von 8167 Millionen Mark Ende Juli auf 8060 Millionen Mark Ende August, also um 107 Millionen Mark zurückgegangen. Im Juli betrug der Rückgang der Einlagen mit 1100 Millionen Mark mehr als das Zehnfache. Die Abziehungen beschränkten sich im August fast ganz auf die Danabank mit 65 Millionen Mark und auf die Dresdner Bank mit 56 Millionen Mark; der Rückgang bei der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft um 10 Millionen Mark macht noch nicht einmal 0,3 Proz. aus. Die anderen drei Großbanken aber (Commerzbank, Reichskreditgesellschaft, Berliner Handelsgesellschaft) hatten einen Einlagenzuwachs zu verzeichnen, so daß also eine Umlagerung der Bankguthaben stattgefunden hat.

Der Rückfluß der ausgeliehenen Gelder, der Debitorenabbau, ist immer noch nicht stärker geworden. Der Stand der Debitoren hat sich nur von 5484 auf 5432, also um 52 Millionen Mark oder um 1 Prozent, gesenkt. Verhältnismäßig härter war der Rückgang der Effektenkredite (Reports und Lombards), die sich von 254 auf 216 Millionen Mark ermäßigten, und der Rückgang der Warenvorschüsse (von 1599 auf 1467 Millionen Mark). Das Verhältnis der flüssigen Mittel zu den Verpflichtungen, das über die Zahlungsbereitschaft, hat sich

## Nicht nur ein neues Automobil

... dieser Wagen verkörpert in seiner Konstruktion einen derartigen Fortschritt, daß er mit keinem in Deutschland gebauten, standardmäßig entwickelten Wagen verglichen werden kann. ... Ehe Sie auf Ihre Kosten Experimente mit Wagen machen, deren Konstruktion wenig erprobte und bis heute noch nicht bewährte Neuerungen aufweist, können Sie bei dem nächsten Opelhändler eine Probefahrt in einem wirklich modernen Automobil machen, das nach erprobten und bewährten Prinzipien gebaut wurde.

**OPEL** 4 ZYLINDER 1,2 LITER VON RM 2350.- AN  
6 ZYLINDER 1,8 LITER VON RM 3175.- AN  
PREISE AB WERK RUSSELSHEIM AM MAIN

